

NICHT INS ROLLEN BRINGEN!

Niemand zweifelt mehr daran, daß Europa in Gefahr schwebt. Sollte der "Doppelbeschuß" der NATO ausgeführt werden, so wäre das ein ernster, um nicht zu sagen gravierender Schritt zur Verschlechterung der Situation in Europa, ja in der ganzen Welt.

"Wir erleben jetzt den entscheidenden Moment: Es genügt, nur einen Faden zu ziehen, und das Knäuel wird ins Rollen gebracht", sagte Juri Andropow am 3. Mai. "Eben eine solche Rolle vermag die Stationierung von amerikanischen Pershing-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa zu spielen. Wenn es — allen Argumenten des gesunden Menschenverstandes zuwider — doch dazu kommt, dann ist eine Kettenreaktion unvermeidlich. Die UdSSR, die DDR und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen."

Die Einstellung der USA zu dieser Frage macht einen unmißverständlichen Eindruck: Wider alle Vernunft wird alles für die Aufstellung der Raketen getan. Eigentlich spricht das den normalen weltpolitischen Beziehungen in beispiellosem Weise hohn. Man stellt einem anderen Land ein Ultimatum, unverkennbar zu dem Zweck, selbst aufzurüsten und den andern zu entwaffnen."

Zuerst kam man mit der sogenannten Null-Lösung, deren Unhaltbarkeit in Westeuropa von allen, selbst von Franz Josef Strauß, konstatiert worden ist. Dann brachte man die "Zwischenlösung" aufs Tapet, mit der man ebenfalls versucht, anderen zu diktieren und die Prinzipien der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu verletzen. In beiden Fällen ging man nach derselben Methode vor, vorher inakzeptable Bedingungen zu stellen, um dann die neuen Raketen zu stationieren.

Nehmen wir z. B. die Frage des Kernraketenpotentials von England und Frankreich. Wenn die USA und die NATO über die Aufstellung der neuen Raketen reden, dann heißt es immer, das sei ein gemeinsamer Beschuß der atlantischen Allianz. Wenn dagegen die UdSSR verlangt, daß bei der Bestandsaufnahme der beiderseitigen Kräfte auch die Mittelstreckenraketen Englands und

Frankreichs eingerechnet werden, dann heißt es auf einmal, sie seien "unabhängig". Als ob sich mit dieser Behauptung etwas an ihren Kernladungen und daran ändern würde, auf wen sie gezielt sind! Und noch ein Winkelzug: Die Streitkräfte Englands und Frankreichs werden zu "Abschreckungskräften" erklärt. Wenn man aber England und Frankreich das Recht auf eine "Abschreckung" zuerkennt, wieso versagt man uns dann das Recht, Abschreckungskräfte in genau derselben Stärke wie die Franzosen und die Engländer zu haben? Wovon zeugen solche Bedingungen? Einzig davon, daß die USA die Genfer Verhandlungen von vornherein zum Scheitern verurteilen, um einen Vorwand zu haben, an dem besagten Faden zu ziehen.

Wenn man es aber doch nicht täte? Diese Frage drängt sich jedem auf, der den Ernst des Augenblicks erkennt. Sie beschäftigt Millionen in Westeuropa, nicht zuletzt die Teilnehmer der sehr breiten Antiraketensbewegung. Ebenso die sowjetischen Menschen, die den Frieden sehr wohl zu schätzen wissen. Durch diese Sorge ist der neue Vorschlag unseres Landes zum Abbau der Mittelstreckenwaffen veranlaßt.

Die UdSSR hat sich bekanntlich wiederholt bereit erklärt, in Europa keine einzige Rakete und kein einziges Flugzeug mehr als jetzt die NATO-Länder zu haben. Darauf kam der Westen mit dem Argument, daß die UdSSR dann mehr Sprengköpfe auf Raketen hätte.

"Nun, wir sind bereit, uns über eine Gleichheit der Kerpotentiale in Europa sowohl im Hinblick auf die Träger als auch auf die Sprengköpfe zu einigen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der entsprechenden Rüstungen Englands und Frankreichs", hat Juri Andropow am 3. Mai erklärt.

Der neue sowjetische Vorschlag bedeutet, daß die UdSSR zu jedem einhellig festgelegten Zeitpunkt nicht mehr Raketen und auf ihnen installierte Sprengköpfe als die NATO haben wird. Sollte auf den englischen und französischen Raketen die Zahl der Sprengköpfe verringert werden, so würden wir sie um dieselbe Anzahl auf unseren Mittelstreckenraketen verringern. Das gleiche Prinzip würde auch für die in Europa stationierten Flugzeuge dieser Klasse gelten.

Die UdSSR hat also nochmals guten Willen zur Einigung gezeigt. Jetzt, wo die Genfer Verhandlungen festgefahren sind, bieten die sowjetischen Vorschläge eine Möglichkeit, sie vom Fleck zu bringen. Wird man das etwa wieder mit einem Nein beantworten?

In den westlichen Hauptstädten wird immer nachdrücklicher gefordert, die neuen Vorschläge ernsthaft ins Auge zu fassen. Die Öffentlichkeit unseres Landes erwartet, daß man die sowjetischen Anregungen nicht nur erörtern, sondern auch einer praktischen Vereinbarung zugrunde legen wird.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 20 MAI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYEMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Nicht ins Rollen bringen!

Antworten Juri Andropows auf Fragen von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen Finnlands

I. Trofimowa — Philosophie des Konstruktiven und des Destruktiven	5
Ali Nasser Muhammad — Südjemen: Ansehen der Republik (Interview)	6
A. Alexejew — Madrider Treffen. Die Chance nicht verpassen	8
G. Krasnow — UNCTAD-VI: Wichtiger Marktstein	10
A. Tolpegin — BRD. Tor zur Zukunft... oder zur Vergangenheit!	12
A. Baryschew — Nach altem Drehbuch	13
W. Mkrtschan — Malta. Zwischen Gestern und Morgen	14
Notizen ♦ Glossen	16
W. Schweizer — Sozialdemokratie und Befreiungsbewegungen: Probleme, Widersprüche	18
W. Bojkow — Belgien. Nein zu den Euro-Raketen	20
M. Kokin — Umweltschutz — aller Anliegen	22
Ein Jahr danach	
A. Medwedenco — Argentinien. Er kämpfte auf den Malwinen	24
I. Titow — Großbritannien. Neue Falkland-Pläne	26
I. Gorew — Weltmeer. Sie unterminieren die Rechtsordnung	27
A. Pin — Das Schicksal der Akropolis	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Smog, giftige Industrieabfälle und intensive Ausbeutung der Naturreichtümer fügen der Umwelt schweren Schaden zu. Die UdSSR unternimmt alles, um einer ökologischen Katastrophe vorzubeugen. Doch die Lösung dieses Problems erfordert die Anstrengungen der gesamten Weltgemeinschaft

Gestaltung: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UDSSR, 103782 GSP, Moskau K-6. Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit. Puschkinskaja Plostschad. Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

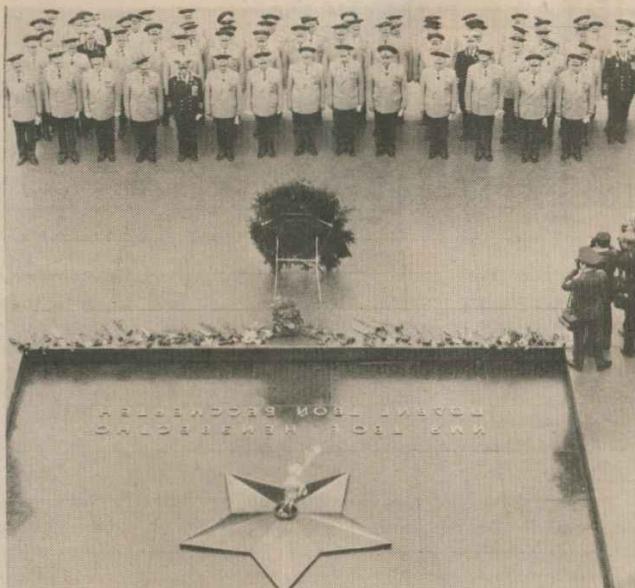
Am 11. Mai brachte die "Prawda" die Antworten Juri Andropows auf Fragen von Vertretern einer Reihe gesellschaftlicher Organisationen Finnlands (S. 4).

Vom 3. bis zum 7. Mai weilte in der UdSSR eine vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, geführte Partei- und Staatsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch. Verhandlungen zwischen den sowjetischen Spitzenpolitikern und der DDR-Delegation fanden statt. Die Delegation besuchte neben Moskau auch die Kasachische und die Usbekische SSR (S. 5).

Am 8. Mai begingen die Werktagen der DDR den 38. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten eine Grußadresse an Erich Honecker und den Vorsitzenden des Ministerates Willi Stoph. Erich Honecker und Willi Stoph gratulierten ihrerseits Juri Andropow und Nikolai Tichonow zum 38. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus.

Am 9. Mai beging das tschechoslowakische Volk den 38. Jahrestag der Befreiung des Landes von den faschistischen Landräubern. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten ein Grusschreiben an den Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der CSSR, Gustav Husák, und den Ministerpräsidenten Lubomir Strougal. Gustav Husák und Lubomir Strougal gratulierten dem ZK der KPdSU, dem Präsidium des Obersten Sowjets und dem Ministerrat der UdSSR zum 38. Jahrestag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee.

Das Außenministerium der UdSSR machte am 3. Mai die US-Botschaft in Moskau darauf aufmerksam, daß offizielle Sprecher der US-Regierung in einer Reihe von Erklärungen die sowjetische Iran-Politik vorsätzlich entstellt sowie die grobe Lüge suggeriert haben, Iran sei einer "ständigen Bedrohung aus dem Norden" ausgesetzt und könne ein Objekt "sowjetischen Eindringens" werden. In der Vorstellung heißt es, daß solche Behauptungen eine abstruse Erfindung sind und die Politik der UdSSR verleumden.



Moskau, 9. Mai. Am Tage des Sieges ehrten das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow sowie andere Feldherren am Grab des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer das Andenken der Soldaten, die im Kampf für die Freiheit und die Unabhängigkeit des Heimatlandes gefallen sind [Bild links]. Bild oben: Beim Treffen der Kriegsveteranen im Moskauer Gorki-Park

Fotos: A. Motschalina und TASS

Am 6. Mai brachte die "Prawda" einen redaktionellen Artikel über die antisowjetische Kampagne in Iran. Im Artikel wird die von verantwortlichen Politikern dieses Landes aufgezogene lärmreiche Propagandakampagne des Inhalts verurteilt, die UdSSR hätte mit dem Sammeln von politischen und militärischen Spionageangaben zu tun und habe dazu Mitglieder der Volkspartei Irans eingespannt. Die Sowjetbürger verurteilen solche Erdichtungen als böswillige Provokation von Gegnern der sowjetisch-iranischen guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit, betont die Zeitung, und weisen solche Erdichtungen kategorisch als grundlos zurück.

Am 4. Mai kam in Moskau die internationale Konferenz "Rolle und Platz der Gewerkschaften in der heutigen Welt" zum Abschluß. Beteiligt waren Vertreter von 118 Ländern und 5 internationalen Gewerkschaftszentralen.

Am 5. Mai fand in Moskau aus Anlaß des 165. Geburtstages des Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus die wissenschaftlich-praktische Konferenz "Karl Marx — Denker, Revolutionär, Mensch" statt.

Am 6. Mai fand in Moskau anlässlich des Beginns einer Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit eine Versammlung der Öffentlichkeit statt. Die Woche wird — im Rahmen der von der UNO verkündeten weltweiten Abrü-

stungskampagne — vom 7. bis zum 14. Mai durchgeführt. Die Versammlungsteilnehmer richteten ein Schreiben an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar und forderten die UNO zu wirksameren und zielsicheren Aktionen zwecks Einstellung des verderblichen Wettrüstens auf.

Am 6. Mai gab die sowjetische Delegation auf einer Plenarsitzung des Madrider Treffens einen Appell der UdSSR an die Teilnehmerstaaten des Treffens bekannt (S. 8).

Am 10. Mai wurde eine Erklärung der TASS über die Lage in und um Libanon veröffentlicht.

Vom 7. bis zum 9. Mai fand in Warschau der I. Landeskongreß der Patriotischen Bewegung für die Nationale Wiedergeburt statt. Die Bewegung entstand auf Initiative der PVAP sowie anderer Parteien und Organisationen Polens. Am Kongreß nahm Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates, teil.

Am 4. Mai nahm das Repräsentantenhaus des US-Kongresses mit Stimmenmehrheit eine Resolution an, die zu einem "gegenseitigen und kontrollierbaren" Einfrieren aller Kernwaffen der USA und der UdSSR sowie zu einer Vereinbarung über die Reduzierung der nuklearen Arsenale aufruft. Die Resolution soll demnächst dem Senat vorgelegt werden.

Am 4. Mai dekretierte der italienische Präsident Alessandro Pertini die vorfristige Auflösung des Parlaments. Der unmittelbare Grund war der Beschuß der Führung der Sozialistischen Partei, der Regierungskoalition, welcher diese Partei ebenfalls angehörte, die Unterstützung zu verweigern. Die Folge war der Rücktritt der Regierung Fanfani (Democrazia Cristiana).

Am 9. Mai gab Premierministerin Thatcher offiziell bekannt, daß in Großbritannien für den 9. Juni d. J. (fast ein Jahr vor Ablauf der 5jährigen Legislaturperiode des Parlaments) allgemeine Wahlen angesetzt sind.

Am 6. Mai bestätigte der finnische Präsident Mauno Koivisto die neue Regierung, der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums-, der Agrar- und der Schwedischen Volkspartei angehören. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten Kalevi Sorsa steht dem Kabinett vor. Sein Stellvertreter und Außenminister ist Paavo Väyrynen (Zentrumspartei).

Am 8. Mai fanden in Spanien Wahlen zu den örtlichen Machtorganen statt. Nach vorläufigen Angaben erhielten die Kandidaten der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Regierungspartei) 45% der Stimmen und somit 21 000 Sitze; sie siegte in den meisten Verwaltungszentren der Provinzen. Die rechte Koalition erhielt 27% der Stimmen und 16 000 Sitze. Für die Vertreter der KP stimmten rd. 8% der Wähler.

Antworten JURI ANDROPOWS

auf Fragen von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen Finnlands

FRAGE: Welches sind Ihre Vorschläge zur nuklearen Abrüstung und zur Beseitigung der gefährlichen Situation in Europa sowie zur Schaffung eines kernwaffenfreien Europa?

ANTWORT: Die Beseitigung der nuklearen Gefahr ist die Hauptrichtung in der Politik des Sowjetstaates. Seit der Schaffung der ersten Atombomben setzen wir uns beharrlich dafür ein, die Kernwaffen zu verbieten und zu liquidieren. Schon 1946 schlugen wir vor, eine internationale Konvention abzuschließen, die die Kernwaffen unter Verbot stellen und die Kernenergie ausschließlich für friedliche Zwecke bestimmen würde. Daß dies damals nicht gelang, ist die Schuld jener, die das Atommonopol erhalten wollten.

Auch in den nachfolgenden Jahren brachte und bringt die Sowjetunion beharrlich Vorschläge ein, die darauf abzielen, die Anhäufung nuklearer Arsenale zu stoppen, das Risiko eines nuklearen Konfliktes zu verringern und ihn letztendlich überhaupt unmöglich zu machen.

Ich möchte nur an einige dieser Vorschläge erinnern.

Wir schlagen vor, die Produktion von Kernwaffen einzustellen und dann ihre Vorräte allmählich zu liquidieren. Um die Dinge in praktische Bahnen zu lenken, sprachen wir uns dafür aus, ein Programm der schrittweisen nuklearen Abrüstung auszuarbeiten, und legten dem Genfer Abrüstungsausschuß ein entsprechendes Dokument vor.

In dem Bestreben, die Erreichung von Vereinbarungen zur Begrenzung der Kernwaffen zu erleichtern und einen ersten Schritt zu ihrer Reduzierung zu tun, erklärte sich die UdSSR bereit, ein gegenseitiges Einfrieren der nuklearen Arsenale durch alle kernwaffenbesitzenden Staaten oder als Anfang nur durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zu vereinbaren. Wir schlagen ferner vor, für die Zeit der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen die Kernwaffen mittlerer Reichweite und die strategischen Rüstungen der Seiten einzufrieren.

Bei den Verhandlungen mit den USA über die strategischen Rüstungen wurde unsererseits eine wesentliche Reduzie-

rung der Gesamtzahl der strategischen Trägermittel um mehr als ein Viertel vorgeschlagen, was zur Entfernung von mehr als 1000 Einheiten solcher Trägermittel aus den Arsenalen beider Seiten führen würde. Auch die Anzahl der Kernsprengladungen würde auf gleiche und zudem niedrigere Niveaus als gegenwärtig sinken.

Wir schlagen vor, unverzüglich alle Kernwaffentests überall zu verbieten, was die Entwicklung neuer Arten und Typen von Kernwaffen erschweren würde. Bis zum Abschluß eines entsprechenden Abkommens sind wir bereit, gemeinsam mit allen kernwaffenbesitzenden Staaten ein Moratorium über jegliche Kernexplosionen, auch für friedliche Zwecke, zu verkünden.

Schließlich übernahm die Sowjetunion einseitig die Verpflichtung, auf Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten, und rief die anderen Kernwaffenmächte auf, diesem Beispiel zu folgen.

Jetzt zu Europa. Die beste Lösung des Kernwaffenproblems wäre hier die vollständige Befreiung des europäischen Kontinents sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen. Das ist ein realer Weg zu einem kernwaffenfreien Europa. Selbstverständlich müßten ihn alle Staaten gehen, die in diesem Raum Kernwaffen haben. Bislang tun leider jene, an die unser Vorschlag gerichtet ist, so, als wäre er überhaupt nicht da.

Bei den Verhandlungen mit den USA in Genf schlugen wir auch folgende Variante vor: eine radikale Reduzierung — auf jeder Seite ungefähr von 1000 auf 300 Einheiten — der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa zu vereinbaren. Hierbei ist die Sowjetunion dazu bereit, im Ergebnis der Reduzierung nur 162 Raketen zu behalten, d. h. genau so viele, wie es jetzt auf Seiten der NATO in Großbritannien und Frankreich gibt. Gleich niedrig — jeweils 138 Einheiten — wäre dann das Niveau bei den Trägerflugzeugen.

Man sagt uns, die Sowjetunion hätte dabei mehr Sprengköpfe pro Rakete. Nun, wir sind bereit, eine Parität der nuklearen Potentiale in Europa sowohl bei den Trägermitteln als auch bei den

Gefechtsköpfen zu vereinbaren, allerdings unter Einschluß der entsprechenden Rüstungen Großbritanniens und Frankreichs.

Anders gesagt, sind wir dafür, daß die UdSSR in jedem gegenseitig vereinbarten Zeitraum weder mehr Raketen noch nukleare Gefechtsköpfe hat als die NATO. Bei einer Verminderung der Zahl der Gefechtsköpfe auf britischen und französischen Raketen würde sich die Zahl der Gefechtsköpfe auf unseren Mittelstreckenraketen ebenso verringern. Das gleiche Verfahren ließe sich auch auf die in Europa stationierten Fliegerkräfte dieser Klasse anwenden. Dadurch würde eine annähernde Parität zwischen der UdSSR und der NATO sowohl bei Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, d. h. bei Raketen und Flugzeugen, als auch in der Zahl der von ihnen getragenen Gefechtsköpfe bewahrt werden, wobei diese Parität auf einem weitauß niedrigeren Niveau basieren würde als jetzt.

Besonders möchte ich betonen, daß die Realisierung dieses neuen Vorschlags dazu führen würde, daß es im europäischen Teil der Sowjetunion viel weniger Mittelstreckenraketen und dazu gehörende Gefechtsköpfe gäbe als vor 1976, als wir keine SS-20-Raketen hatten.

Die Verwirklichung dieses unseres Vorschlags würde Europa der vollständigen Befreiung von Kernwaffen mittlerer Reichweite und taktischen wesentlich näher bringen. Einen solchen Vorschlag kann nur ablehnen, wer um jeden Preis neue amerikanische Raketen in Westeuropa stationieren und so das entstandene Kräftegleichgewicht in Europa und im Weltmaßstab stören will. Träte das ein, so würde die Gefahr eines Krieges für Europa noch akuter werden. Das können wir nicht zulassen. Wir werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die Parität erhalten bleibt.

FRAGE: Unterstützen Sie die Schaffung kernwaffenfreier Zone, z. B. in Nordeuropa, und wären Sie bereit, solchen Zonen die Sicherheitsgarantien zu geben?

ANTWORT: Ja, wir unterstützen die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Nordeuropa und anderen Teilen des

europeischen Kontinenten, weil wir sie als wichtiges Mittel zur Festigung der Sicherheit der europäischen Völker betrachten.

Wir unterstützen eindeutig den Vorschlag Finnlands, den Norden Europas in eine kernwaffenfreie Zone umzuwandeln. Es ist natürlich wichtig, daß diese Zone von den Kernwaffen wirklich frei ist und daß jegliche Hintertüren für deren Auftauchen dort geschlossen sind.

Die Sowjetunion ist ihrerseits sich zu verpflichten bereit, keine Kernwaffen gegen Länder Nordeuropas anzuwenden, die zu dieser Zone gehören werden. Das könnte durch Abschluß eines multilateralen Abkommens oder durch bilaterale Abkommen mit jedem der zur Zone gehörenden Staaten rechtsgültig gemacht werden. Es ist begreiflich, daß die Sicherheit dieser Länder zuverlässiger gewährleistet wäre, wenn auch die kernwaffenbesitzenden NATO-Staaten entsprechende Garantien gewährten. Aber wir machen das nicht zur Bedingung für unsere Verpflichtung.

Mit Rücksicht auf in einigen skandinavischen Ländern geäußerte Wünsche wäre die UdSSR auch bereit, die Frage einiger, und zwar wesentlicher Maßnahmen in bezug auf ihr eigenes an eine solche Zone anstoßendes Territorium

zu prüfen — Maßnahmen, die zur Stärkung des kernwaffenfreien Status Nordeuropas beitragen.

In Unterstützung des Vorschlags über eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa äußerte die Sowjetunion ferner ihre im Prinzip positive Einstellung zu der von der Regierung Schwedens vorgebrachten Idee, in Mitteleuropa eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen.

Ich bin überzeugt, daß die Realisierung der erwähnten Vorschläge über kernwaffenfreie Zonen zur künftigen Befreiung ganz Europas von Kernwaffen beitragen würde.

FRAGE: Welche Bedeutung hätten Erklärungen der Kernwaffenmächte, Kernwaffen nicht als erste einzusetzen, für die Minderung der Gefahr eines Nuklearkrieges?

ANTWORT: Nach unserer tiefen Überzeugung würden solche Erklärungen das Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen bedeutend stärken und zur Verhinderung eines Nuklearkrieges beitragen. In der heutigen Weltlage ist das besonders wichtig.

Wie ich schon bemerkte, hat die Sowjetunion auf den Ersteinsatz von Kernwaffen verzichtet. Wenn auch die anderen Kernwaffenmächte dem Beispiel

der UdSSR folgten, so wäre das in der Praxis gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Einsatz der Kernwaffen überhaupt. Denn wenn niemand sie als erster anwendet, wird es weder einen zweiten noch einen dritten Kernwaffenschlag geben. Die Übernahme einer solchen Verpflichtung würde keine langwierigen Verhandlungen und Abstimmungen erfordern. Das einzige, was erforderlich ist, sind guter Wille und aufrichtiges Streben nach Frieden. Die USA und ihre NATO-Verbündeten allerdings setzen nach wie vor auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und lehnen es ab, dem Beispiel der UdSSR zu folgen.

FRAGE: Stärkt die breite und aktive Friedensbewegung die Sicherheit der Völker, ist sie eine Unterstützung für die zwischen der UdSSR und den USA laufenden Abrüstungsverhandlungen?

ANTWORT: Ich bin überzeugt, daß das der Fall ist. Die Massenbewegungen gegen den Krieg sind ein wichtiger Friedensfaktor. Die Staatsmänner und Regierungen können sich nicht über ihn hinwegsetzen, wenn sie die Meinung ihrer Völker achten. In diesem Sinne beeinflußt die Friedensbewegung zweifellos die Verhandlungen über die Rüstungsreduzierung.

PHILOSOPHIE DES KONSTRUKTIVEN UND DES DESTRUKTIVEN

Irina TROFIMOWA

Napoleon meinte, Preußen müsse aus einer Kanonenkugel geschlüpft sein. Was soll man dann von den USA sagen? Nicht von jenen USA, die aus dem Unabhängigkeitskrieg der britischen Kolonie erstanden, sondern vom heutigen offiziellen Amerika, das mit dem Gedanken an die Weltherrschaft schwanger geht. Seine Genealogie geht offenbar auf den "Atompilz" zurück, mit dem Washington am Ende des zweiten Weltkriegs auf seine Art den Beginn des Kernzeitalters begrüßte.

Am Potomac wird der Krieg nicht nur materiell vorbereitet. Seine Bazillen werden im Bewußtsein der Menschen kultiviert, und nicht nur in Amerika. Die Ideologen des US-Imperialismus und seine Interpreten stellen alle anerkannten Moralbegriffe auf den Kopf und wollen die Weltgemeinschaft an den Gedanken gewöhnen, Krieg — selbst ein nuklearer! — sei nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Es ist nicht so einfach, dem Menschen die Philosophie des "Atompilzes" einzubauen, dazu müssen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Volksweisheit lautet: "Der Storch wird nur aus trübem

Wasser fett." So frübt Washington also das Wasser. "Wollen wir uns nichts vornehmen", erklärte Reagan noch während seines Wahlkampfs, "hinter allen Komplikationen in der Welt von heute steht die Sowjetunion". Das war der Prolog zu dem später verkündeten "Kreuzzug" gegen den Kommunismus.

Das Präsidenten-Team trägt sich mit dem Gedanken der sogenannten Ideologisierung der US-Außenpolitik. Wir sehen, was sich hinter dieser auf den ersten Blick harmlosen Formulierung verbirgt. Hetze um die Ereignisse in Afghanistan und die Präsenz vietnamesischer Freiwilligengruppen in Kampuchea. Grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens. Washington hoffte, es werde ihm gelingen, den Sozialismus in diesem Land zu stürzen und sah es schon als Zünder der Situation in Osteuropa. Sein Trumpf wurde gestochen, aber das brachte keine Ernüchterung. Im pathologischen Haß auf den Sozialismus versteigt man sich am Potomac bis ins Lächerliche: Bei einem Hearing im US-Senat lasteten die Kongreßleute und mit ihnen der stellvertretende Außenminister Eaglebur-

ger der kubanischen Regierung die Schuld an der Verbreitung von Rauschgift in den USA an.

Politik ist die Kunst des Möglichen, sagte Bismarck. In Übersee kann man dieses ABC offenbar nicht fressen. Man muß doch tatsächlich jegliches Gefühl für die Realitäten verloren haben, um die "Vernichtung des Sozialismus als gesellschaftspolitische Formation" zum Ziel der USA zu erheben. So weiß holt man also aus! Als gäbe es Washingtons Vietnam-Erfahrungen nicht! Die US-Soldateska zerbombte dieses Land und verbrannte es mit Napalm. Und das Ende? Sie mußte sich davonmachen, während Vietnam nicht nur standgehalten, sondern seine Kräfte noch vermehrte, den Süden befreit und einen einheitlichen sozialistischen Staat gegründet hat.

Die Völker der sozialistischen Länder haben starke Nerven. Ihre Zukunftsgewißheit besitzt eine durchaus reale, feste Grundlage. Die Bruderländer wissen sich durchzusetzen, sie verfügen über ein beeindruckendes wirtschaftliches und Verteidigungspotential. Die enge Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen

und die kameradschaftliche Hilfe dehnt den Rahmen unserer Möglichkeiten aus, gestattet die erfolgreiche Lösung komplizierter wirtschaftlicher und sozialer Probleme.

Der Besuch der Partei- und Staatsdelegation der DDR in der Sowjetunion und die Verhandlungen in Moskau verdeutlichen am Beispiel zweier Länder, wie eng die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zusammenwirken. Die Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR zeigt aufsteigende Tendenz. Das bezieht sich, wie bei den Verhandlungen festgestellt wurde, auf die Kontakte zwischen der KPdSU und der SED ebenso wie auf die der Staatsorgane, Massenorganisationen und Arbeitskollektive, auf den Kulturaustausch und andere Formen des menschlichen Zusammenlebens.

In diesem Jahr erreicht unser Warenaustausch 13 Md. Rubel. Besonders wichtig ist dabei der Anteil der Erzeug-

nisse, der auf der Basis der Arbeitsteilung zwischen den beiden Ländern sowie der Spezialisierung und der Kooperation produziert wird. Diese fortschrittliche Form der Zusammenarbeit entwickelt sich dabei vor allem in so wichtigen Zweigen wie der Mikroelektronik, dem Roboterbau und in der Chemie.

Die Erfahrungen aus der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der UdSSR und der DDR sowie aus der Konsolidierung ihrer Material- und Arbeitskräfteressourcen zur Erschließung von Naturreichtümern und dem Bau von industriellen Großbetrieben gestatten es, neue Aufgaben auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei geht es darum, einen noch höheren Stand des Zusammenwirkens der nationalen Wirtschaften zu erzielen. Das ist ein gemeinsames Anliegen der RGW-Länder. Bei den Verhandlungen kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß das bevorstehende Gipfeltreffen der RGW-Staaten in Moskau eine neue Etappe

in ihrer vielseitigen erspielbaren Zusammenarbeit einleiten werde.

Die Notwendigkeit einer engeren Abstimmung der Wirtschaftspolitik wird in erster Linie von der gesamten inneren Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft diktiert. Doch nicht nur davon. Die RGW-Länder müssen die Versuche Washingtons in Rechnung ziehen, die beiderseits vorteilhaften Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme zu torpedieren, und unter diesen Umständen müssen wir uns gegen jegliche Überraschungen absichern.

Während einflußreiche Kreise der USA lediglich Zweifel am Sinn der Politik der jetzigen Administration äußern, löst Washingtons Kurs in Westeuropa offene Unzufriedenheit aus. Die EG legte bei den USA entschiedenen Protest gegen die vom Weißen Haus geplanten harten

INTERVIEW

SÜDJEMEN: ANSEHEN DER REPUBLIK

20 Jahre sind es heute, seit in Südjemen, im Radfan-Gebirge die ersten Schüsse des Volksaufstands fielen. Der Volkskampf unter Führung der Nationalen Befreiungsfront konnte die fast 130 Jahre währende britische Kolonialherrschaft zu Fall bringen, staatliche Unabhängigkeit und die Ausrufung der Republik erlangen. Kurz vor dem Jahrestag der Revolution, der in ganz Südjemen begangen wird, interviewte der politische Kommentator von TASS, J. Kornilow, auf Bitte unserer Redaktion den Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrats und Ministerpräsidenten der Volksdemokratischen Republik Jemen Ali Nasser Muhammad.

Vor 16 Jahren hat der letzte britische Soldat Aden, den einstigen britischen Vorposten östlich von Suez, verlassen. Südjemen entwickelt sich als freier, souveräner Staat. Was ist Ihrer Ansicht nach das Wichtigste an dieser Entwicklung?

Das Wichtigste, der größte Erfolg, den unser Volk durch den Sieg in dem vor 20 Jahren entflammt Befreiungskampf erzielt hat, ist, daß sich Südjemen für alle Zeiten aus der kolonialen Abhängigkeit befreite. Mit der 1967 erkämpften politischen Unabhängigkeit konnte unser Volk an die Verwirklichung grundlegender fortschrittlicher Umgestaltungen gehen, wie Agrarreform im Interesse derer, die unmittelbar den Boden bearbeiten, Verstaatlichung des Eigentums von Auslandsgesellschaften, Schaffung neuer Wirtschaftsformen und Hebel der

Wirtschaft. Dadurch wurde die ökonomische Selbständigkeit unseres Staates erreicht.

Die Werktagen der VDRJ haben ihre politischen Machtorgane gebildet und bedeutende Erfolge beim Aufbau einer eigenen Partei — der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) — erzielt, die den positiven Umgestaltungsprozeß im Lande auf der Basis des Gedankenguts des wissenschaftlichen Sozialismus und des proletarischen Internationalismus leitet. Der volksdemokratische Inhalt der Macht wurde vertieft. Aufgrund ausführlich entwickelter Programme und Pläne geht die Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft vor sich. Es wurden Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ergriffen. Entsprechend den auf dem außerordentlichen Parteitag der JSP 1980 ausgearbeiteten



Hauptrichtungen für die allseitige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft werden in den verschiedenen Regionen der Republik neue Industrieobjekte erstellt.

Schöpferisch realisiert wird der außenpolitische Kurs der Partei, das Ansehen der VDRJ sowohl auf dem Weltschauplatz als auch in der arabischen Welt erstarkt. Wir bauen unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der guten Nachbarschaft und gegenseitigen Achtung auf. Unaufhaltsam und erfolgreich entwickeln sich unsere Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, die ihren höchsten Ausdruck in der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der VDRJ und der UdSSR, in den Freundschaftsverträgen unseres Landes mit mehreren anderen sozialistischen Staaten gefunden haben.

Immer enger schließen sich die Massen um die JSP zusammen, das wachsende Ansehen der Partei beweist deutlich die Richtigkeit des von uns gewählten Kurses sowie Stärke und Festigkeit unserer Gesellschaftsordnung. Wir sind entschlossen, auch künftig die Reihen der Partei zu stärken, die Rolle der Partei als Vortrupp der Gesellschaft zu erhöhen, die Prinzipien, die zur weiteren Aktivierung der Massen führen, zu vervollkommen und alles für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft, zur Schaffung einer Basis zu tun, auf die gestützt sich die weitere Entwicklung des Landes gewährleistet und Voraussetzungen zur Vereinigung unserer Heimat auf demokratischen Grundlagen geschaffen werden.

Beschränkungen des Osthandels ein. Besonders erbost waren die EG-Länder über den Gesetzentwurf der USA zur Ausdehnung der amerikanischen Jurisdiktion über die Grenzen hinaus. Verständlicherweise bewerteten sie das als einen Anschlag auf ihre Souveränität. Der Londoner "Financial Times" zufolge haben westeuropäische Offizielle erklärt, das Vorhaben der USA, die Punkte über die Exterritorialität der US-Gesetze zu erhärten, könnte zu einem transatlantischen Konflikt führen, ebenso ernst, wie die vorjährigen harten Auseinandersetzungen um die Lieferung von Ausrüstungen für den Bau der Erdgasleitung Sibirien-Westeuropa.

Dennoch besteht Washington auf seinem geplanten Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion und einige andere sozialistische Länder. In Williamsburg (US-Staat Virginia) wollen Ende Mai Spitzenpolitiker aus sieben kapitalistischen Staaten zusammenkommen. Eine

der dort ventilirten Fragen wird der Osthandel sein. Politische Kommentatoren des Westens sagen heftige Debatten voraus. "Journal de Geneve" stellt dazu fest, die Gegensätze zwischen den USA auf der einen und der BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien auf der anderen Seite, die an diesem Treffen teilnehmen sollen, hätten sich aufs äußerste zugespitzt.

Wirtschaftlicher Druck, Erpressung der sozialistischen Länder gehören zum üblichen Werkzeug der Washingtoner Spannungspolitik. Im Grunde sind das die wichtigsten Mechanismen zur Zuspitzung der Weltsituation. Die Regierungskreise der USA befassen sich mit Projekten unterschiedlichster Arten von Kriegen — vom wirtschaftlichen und psychologischen bis zum nuklearen Krieg.

Welche Haltung beziehen die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft in dieser Situation?

Dazu sagte Juri Andropow auf dem Essen zu Ehren der Partei- und Regierungsdelegation der DDR: "Wir gehen davon aus, daß der historische Wettkampf von zwei Gesellschaftssystemen, der Ideenkampf eine durchaus gesetzmäßige Erscheinung ist, die sich aus der Existenz des Sozialismus und des Kapitalismus ergibt. Wir sind aber entschieden dagegen, daß diese historische Auseinandersetzung auf den Abbau der friedlichen Zusammenarbeit, mehr noch, auf die Ebene eines nuklearen Krieges gelenkt wird."

Die Friedenspolitik ist unserer Gesellschaftsordnung in die Wiege gelegt. Wer im Westen in dieser Behauptung lediglich Propaganda sieht, ohne den Dingen auf den Grund gehen zu wollen, sollte das Beispiel DDR heranziehen. Der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat ist dort entstanden, woher in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eine ständige

können, die die Durchsetzung der Ziele und Prinzipien der jemenitischen Revolution sichern.

Sie haben die erfolgreiche Entwicklung der sowjetisch-jemenitischen Zusammenarbeit betont. Wie beurteilen Sie die Aussichten dafür?

Die Entwicklung der jemenisch-sowjetischen Beziehungen besitzt weitreichende Perspektiven, was auf dem außerordentlichen Parteitag der JSP auch besonders unterstrichen wurde. Die zwischen unseren Ländern entstandenen Beziehungen basieren auf einer prinzipiellen Grundlage, beide Seiten bemühen sich um den Aufbau eines neuen Lebens, lehnen Ausbeutung und Ungerechtigkeit ab; auf der gleichen prinzipiellen Grundlage entwickelt sich auch die breite jemenisch-sowjetische Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und in anderen Bereichen. Die Sowjetunion bietet der VDRJ uneigennützige Hilfe an, die zu unserer beschleunigten selbständigen Entwicklung, zur Verwirklichung jener Aufgaben beiträgt, vor die uns die nationaldemokratische Revolution auf der gegenwärtigen Etappe stellt. Besondere Bedeutung für die Festigung der Beziehungen zwischen unseren Ländern haben Begegnungen und Kontakte, darunter auch auf hoher Ebene, Begegnungen, die neue Perspektiven in der bilateralen Zusammenarbeit wie in der Zusammenarbeit auf dem Weltmarkt bieten, zur Durchsetzung der Ideale von Frieden und Entspannung. Die jemenisch-sowjetische Freundschaft ist für unsere Partei, unser Volk eine der wichtigsten Garantien und Voraussetzungen für die erfolgreiche

Verwirklichung der von der Revolution gestellten Aufgaben.

Die Erfolge des demokratischen Jemen in den Jahren der unabhängigen Entwicklung sind beeindruckend. Wie auch die anderen Länder der Welt aber lebt Ihr Land nicht in einem Vakuum, es muß die internationale Lage berücksichtigen, die in letzter Zeit immer angespannter wurde...

Das ist richtig. Will man von den Haupttendenzen der gegenwärtigen Weltlage reden, so wird sie von einer scharfen Intensivierung des Kampfes zwischen den Friedenskräften, deren Vorhut die Sowjetunion bildet, und den Kräften der Aggression und des Krieges, die von den Vereinigten Staaten angeführt werden, gekennzeichnet. In den letzten Jahren haben sich die Aggressivität der imperialistischen Kreise infolge der vertieften allgemeinen Krise des Kapitalismus, die zu einer einmaligen Zuspitzung des inflationären Prozesses, zur Zunahme des Arbeitslosenheeres geführt hat, sowie deren fiebhaft Bemühungen zur Anheizung des Weltfriedens verstärkt. Immer häufiger wird der Ruf nach dem sogenannten begrenzten Kernkrieg laut, mal hier mal dort flammen lokale Konflikte zwischen Staaten auf, werden Versuche unternommen, die Bewegung für Entspannung und Weltfrieden zu behindern.

Mit der Ablehnung der konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion und der anderen Warschauer Vertragsstaaten zur Gewährleistung des Friedens in Europa und in anderen Weltregionen wollen sich die imperialistischen Kreise, vor allem die US-Imperialisten, durchsetzen und sind

bereit zu jeglichem Abenteuer. Es wird ihnen jedoch nicht gelingen, ihre aggressiven Ziele und Pläne zu realisieren. Die sozialistischen Länder setzen sich heute entschlossen für die Erhaltung des Friedens ein, und die ganze fortschrittliche Menschheit verteidigt den Frieden ebenfalls. Die vielen Massendemonstrationen und Friedensmärsche in den westeuropäischen Ländern sind ein klarer Beweis für den zunehmenden Volksprotest gegen die Politik der USA, die die Grundlagen der internationalen Sicherheit untergräbt.

Die Völker unserer Region wissen gut, daß die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten eine direkte Folge der aggressiven imperialistischen Politik der USA und Israels ist. Tel Aviv hat mit seinem jüngsten Krieg gegen das palästinensische und das libanesische Volk alle Masken fallen lassen und in voller Deutlichkeit gezeigt, daß der US-Imperialismus und der Zionismus die geschworenen Feinde der arabischen Völker und des Weltfriedens sind. In Anbetracht der Entwicklung der Lage im Nahen Osten, die durch die andauernde israelische Besetzung Libanons und Provokationen gegen Syrien gekennzeichnet ist, betrachten wir es als unsere Pflicht, auch künftig den Kampf des syrischen, des palästinensischen und des libanesischen Volkes zu unterstützen, das strategische Bündnis und die Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu stärken sowie alle Provokationen und aggressiven Aktivitäten des Imperialismus und Zionismus abzuwehren.

Aden

Bedrohung Europas ausging, wo zwei Weltkriege entfacht wurden. In den ersten Dokumenten bei der Gründung der DDR deklarierte sie ihre feste Entschlossenheit, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehe. Kein Zauberstab hat hier gewirkt, sondern die Lebensgesetze einer neuen Gesellschaft.

Die Kommunisten, die Werkträger der Republik sind in diesen Jahrzehnten ihrem Schwur treu geblieben. Vor einigen Jahren wurde Berlin vom Weltfriedensrat der Titel "Stadt des Friedens" zuerkannt. Das war die Auszeichnung für hohe Verdienste im Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft.

Die sozialistischen Länder gehen auch höchst verantwortungsvoll an die Stabilisierung der Weltlage heran. Sie sind beunruhigt durch die Zunahme der Spannungen, jedoch überzeugt, daß sich der Frieden bewahren läßt. Angesichts dessen, betonte Erich Honecker, gewinnen die Erfolge jedes einzelnen Bruderlandes und unserer gesamten Gemeinschaft, ihre Einheit und Geschlossenheit immer größere Bedeutung. Bulgarien entwickelte den Gedanken einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan. Die Mongolei bot den Staaten Asiens und des Pazifik eine Konvention über Nichtangriff und Nicanwendung von Gewalt an. Vietnam, Laos und Kampuchea haben, besorgt um die Stabilisierung der Lage in Südostasien, mehrere Initiativen vorgelegt.

In den Vordergrund rückt die Realisierung der von den sozialistischen Ländern gemeinsam entwickelten Vorschläge. Im Kommunique über die Ergebnisse des UdSSR-Besuchs der Partei- und Staatsdelegation der DDR wird auf die Prager Politische Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses hingewiesen, wobei besonders die Aktualität des darin enthaltenen Vorschlags unterstrichen wird, einen Vertrag über die Nicanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmern des Warschauer Vertrags und denen der NATO zu schließen. Ein solcher Vertrag würde die Lage radikal verbessern.

Die Vorschläge der sozialistischen Länder sind sozusagen eine "Bank des Friedens". Ein solches Kapital "einzufrieren", wie das von den Entspannungsgegnern versucht wird, wäre falsch, und in der jetzigen besorgniserregenden Zeit besonders unverzeihlich.

Die Sowjetunion und ihre sozialistischen Verbündeten appellieren an den Westen und insbesondere an die amerikanische Führung, mehr politische Zurückhaltung, Verantwortungsgefühl und Vernunft für Entscheidungen an den Tag zu legen, die die Gefahr einer Kernkatastrophe von der Menschheit abwenden und den Völkern den Frieden sichern würden.

MADRIDER TREFFEN

DIE CHANCE NICHT VERPASSEN

Wie wird sich die Situation in Europa weiter entwickeln: auf die Erhaltung der Entspannung oder auf die Verhärtung der Konfrontation hin? Die Wahl des Weges hängt stark auch vom Ausgang des Madrider Treffens ab. Um die positive Entwicklung zu fördern, schlug die sowjetische Delegation auf der Plenarsitzung vom 6. Mai vor, es bald mit wesentlichen positiven Ergebnissen abzuschließen, nachdem der Entwurf eines Schlußdokumentes in der Form angenommen worden wäre, wie ihn neutrale und nichtpaktgebundene Länder am 15. März 1983 eingebracht hatten.

Das Madrider Treffen dauert schon zweieinhalb Jahre. Die Position aller Teilnehmer hat sich genügend klar abgezeichnet. Die Möglichkeiten für eine Fortsetzung der Verhandlungen, wenn sie produktiv sein sollen, sind faktisch erschöpft. Eine vorsätzliche Hinziehung fruchloser Diskussionen, das Gesellschaftsspiel "Verbesserungen" können nur dazu führen, daß schon allein die Idee solcher Treffen in Mißkredit gerät und daß der gesamteuropäische Prozeß als Ganzes blockiert und untergraben wird. Nach der Handlungsweise der US-Delegation während des ganzen Madrider Treffens zu urteilen, würde ein solches Resultat der heutigen US-Regierung durchaus passen. Ebenso wie in vielen anderen Fragen demonstriert sie auch in dieser ihre imperiale Arroganz gegenüber den wirklichen Sorgen und Interessen Europas. Doch die europäischen Staaten vertreten in ihrer Mehrheit eine andere Auffassung. Der in Helsinki eingeleitete KSZE-Prozeß ist Ausdruck ihres vitalen Bedürfnisses nach einem festen Frieden, nach der Erhaltung normaler Bedingungen für einen allen Beteiligten nützlichen zwischenstaatlichen Verkehr. Bedeutung und Wert dieses Prozesses zeigen sich besonders klar angesichts der ernsten Zuspitzung der Weltlage, die vom abenteuerlichen militärischen US-Kurs verursacht worden ist.

Am konsequentesten und aktivsten steuern die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft den Kurs auf Festigung der Sicherheit und den Ausbau der Zusammenarbeit in Europa. Das ist das Wesen ihrer Europa-Politik. Die Helsinki-Konferenz selbst wurde in erster Linie dank der Initiative

und dem zielgerichteten Vorgehen dieser Länder möglich. Wenn in den USA und anderen NATO-Staaten aufdringlich davon geredet wird, daß die sozialistischen Länder angeblich gegen die Prinzipien und die Bestimmungen der Schlußakte verstößen, so wird neben allem anderen das Ziel verfolgt, durch die Erdichtungen die wirkliche Einstellung zu dem in Helsinki begonnenen Werk zu kaschieren: die positive bei den sozialistischen Staaten und die im Grunde obstruktivistische bei denen, die in der NATO den

**Die UdSSR
schlägt vor, das
Madrider Treffen
demnächst mit
wesentlichen posi-
tiven Resultaten
abzuschließen.**

Ton angeben, besonders bei den USA.

In den gemeinsamen Dokumenten der Warschauer Vertragsstaaten aus den letzten zwei bis drei Jahren, den Dokumenten der Konferenzen des Politischen Beratenden Ausschusses und der Sitzungen des Außenministerkomitees wird nicht nur die Konsequenz der sozialistischen Länder zum KSZE-Fragenkomplex, zum Geist und Buchstaben der Schlußakte erhärtet, sondern diese prinzipielle Position jeweils auch durch konkrete Initiativen und Aktionen untermauert, die ein reales Vorankommen bezeichnen. Auch auf dem Madrider Treffen zeigen die sozialistischen Länder ein solches konstruktives und sachliches Herangehen. Das bildet einen klaren Kontrast zu der Einstellung der USA, das gesamteuropäische Forum zur Verhärtung, endlosen Polemik, zu provokatorischen Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten, zu einem unverhohlenen Druck auf die westeuropäischen Länder, darunter auf die eigenen Bündnispartner, zu benutzen. Das ist die Einstellung auf Sabotierung des Treffens.

Die UdSSR ihrerseits war auf dem Madrider Treffen, wie das in der jüngsten Antwort Juri Andropows auf einen Appell der Staats- und Regierungsobhäupter Österreichs, Zyperns, San Marinos, Finnlands, Schwedens und Jugoslawiens erneut betont wird, von Anfang an bemüht, wesentliche positive Vereinbarungen zu erreichen, die einen merklichen Schritt zu größerer Sicherheit und engerer Zusammenarbeit in Europa auf der KSZE-Grundlage darstellen würden.

Dank der UdSSR und ihren Verbündeten rückte die Frage einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und über die Sicherheit und Abrüstung in Europa in den Fokus des Treffens, was sie besonders aktuell machte. Wie es im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXVI. Parteitag der KPdSU heißt, erklärte sich die UdSSR bereit, die vertrauensbildenden Maßnahmen auf den ganzen europäischen Teil der UdSSR auszudehnen, falls auch die westlichen Staaten die Zone der vertrauensbildenden Maßnahmen entsprechend erweitern. Diese Aktion, die im Rahmen des vom Parteitag beschlossenen Friedensprogramms für die 80er Jahre unternommen wurde, war so bedeutsam, daß die Idee einer solchen Konferenz trotz des Widerstands der USA eine praktische Grundlage erhielt und daß dem gesamten Madrider Treffen wie auch der Perspektive auf die Konsolidierung des KSZE-Prozesses ein starker positiver Impuls gegeben wurde. Auch jetzt war es die Sowjetunion, die Weitsicht und hohes politisches Verantwortungsgefühl zeigte und einen Appell ergehen ließ, der, wenn man ihm Gehör schenkt, einen erfolgreichen Abschluß des Treffens in wenigen Tagen gewährleisten könnte.

Die UdSSR erklärt sich bereit, den von neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern am 15. März vorgelegten neuredigierten Entwurf eines Schlußdokumentes anzunehmen; sie geht davon aus, daß dieser Entwurf die Ergebnisse mehr als zweijähriger Verhandlungen zwischen den Delegationen der 35 Teilnehmerstaaten beinhaltet (Grundlage des neuredigierten Entwurfs ist ein von neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern am 16. Dezember 1981 vorgelegtes Dokument), daß darin ihre Positionen zusammengefaßt sind. Gewiß läßt er mehrere wesentliche Bemerkungen der sowjetischen Delegation außer acht. Auch andere Teilnehmer des Treffens mögen die Ansicht vertreten, daß ihr Standpunkt keine adäquate Widerspiegelung im Entwurf gefunden habe. Aber insgesamt entspricht er dem Begriff eines "inhaltsreichen und ausgewogenen" Dokuments, mit dem die Teilnehmerstaaten

das Madrider Treffen abzuschließen sich verpflichteten.

Vor einiger Zeit erklärte der US-Chefdelegierte auf dem Madrider Treffen in einem Interview für die österreichische "Wochenpresse", der neuredigierte Entwurf des Schlußdokumentes sei "enttäuschend"; "ohne wesentliche Veränderungen können wir" (lies: die USA) "ihm nicht annehmen".

Was hat Herrn Kampelman denn enttäuscht?

Um den Entwurf objektiv zu beurteilen, muß man sich vergegenwärtigen, was er enthält, aber auch was er nicht enthält.

Vor allem enthält er nichts, was grundsätzlich im Gegensatz zur Schlußakte stünde, darunter zu den darin formulierten grundlegenden Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen: die souveräne Gleichheit und die Respektierung der mit der Souveränität verbundenen Rechte ("... das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achtet, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln, sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen"), die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ("...sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einnischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen").

Im Entwurf des Schlußdokumentes heißt es, die Teilnehmerstaaten seien sich darüber einig, daß "erneute Anstrengungen gemacht werden sollten, der Schlußakte durch konkrete unilaterale, bilaterale und multilaterale Maßnahmen volle Wirksamkeit zu verleihen, um das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten wiederherzustellen, was eine markliche Verbesserung in ihren gegenseitigen Beziehungen ermöglichen würde". Darin wird u. a. die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, "die Entspannung im universellen Sinne zu einem wirksamen wie auch dauerhaften, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß zu machen", "Beziehungen gegenseitiger Zusammenarbeit, Freundschaft und des Vertrauens zu entwickeln", "echte Anstrengungen, gerichtet auf die Beschränkung einer zunehmenden Aufrüstung sowie auf die Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und die Förderung der Abrüstung, zu unternehmen".

In bezug auf alle Abschnitte der Schlußakte sieht der Entwurf — mit Rücksicht auf die Vorschläge, die die Teilnehmerstaaten im Zuge des Madrider Treffens einbrachten — den genannten

Zielen entsprechende konkrete Maßnahmen vor.

Vor allem ist es die Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen sowie die Sicherheit und Abrüstung in Europa; sie soll am 15. November 1983 beginnen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz, ebenso die Zusammenarbeit auf humanitärem und auf sonstigen Gebieten (zwischenmenschliche Kontakte, Information, Zusammenarbeit und Austausch auf dem Gebiet der Kultur und Bildung). Es sind auch Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum sowie mehrere Maßnahmen zur Fortsetzung und Entwicklung des KSZE-Prozesses, einschließlich eines nächsten, für 1986 geplanten Treffens der KSZE-Staaten.

Man kann sich den Grund der "Enttäuschung" der US-Delegation schon denken, wenn man all dem die reale Handlungsweise der heutigen US-Administration entgegenhält: Hortung der gefährlichsten Waffen, darunter in Europa; diverse Sanktionen und Embargos, die die normalen und für alle nützlichen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen untergraben; grober Druck und die Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten; Beschränkung und Drosselung der kulturellen, humanitären und sonstigen Kontakte, schließlich der "Kreuzzug" gegen den Sozialismus, diesen "Mittelpunkt des Bösen". Nein, eine solche Politik ist schwer in den Rahmen der Schlußakte einzufügen.

Selbstverständlich beziehen die USA gegenüber dem Schlußdokument des Madrider Treffens eine Position, die, wie sie meinen, ihrer Politik entspricht. Doch schließlich ist Washington nur einer der 35 Teilnehmer des europäischen Forums. Ein Wesenzug dieses Forums ist es jedoch, daß dort nur Entscheidungen getroffen werden können, die den Interessen aller Teilnehmer gleichermaßen Rechnung tragen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder haben ihr Wort gesagt. Ihre Position stimmt mit der einer Gruppe neutraler und nichtpaktgebundener Länder — der Urheber des Entwurfs des Schlußdokumentes — überein. Eine schwere Verantwortung fällt jetzt den westlichen NATO-Staaten zu. Dieser Verantwortung können sie sich nicht entziehen.

Die UdSSR ruft dazu auf, eine Chance für die Sache des Friedens und der Völkersicherheit nicht zu verpassen. Wer sich um die Gegenwart und Zukunft Europas Sorgen macht, der sollte Ohren haben, diesen Appell zu hören.

A. ALEXEJEW

UNCTAD-VI: WICHTIGER MARKSTEIN

Ende April tagte in Genf der Rat der UNCTAD zur Vorbereitung der VI. Tagung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung im Juni d. J. in Belgrad. Der Entwurf der Tagesordnung befaßt sich mit aktuellen Problemen der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Seit Gründung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sind fast 20 Jahre vergangen. In dieser relativ kurzen Zeit wurde die UNCTAD zu einer angesehenen Weltorganisation. Die UdSSR und die anderen RGW-Länder waren darum bemüht, daß die UNCTAD operativ auf die sich wandelnde Handels- und Wirtschaftssituation in der Welt reagiere, ihren Beitrag zur Entwicklung der theoretischen Aspekte der Wirtschaftsbeziehungen leiste. Die bevorstehende VI. Tagung der Konferenz soll die gleichberechtigte und für alle vorteilhafte Zusammenarbeit der Staaten erweitern und ihnen allen die Beteiligung am Welthandel erleichtern.

Zwei Einstellungen

Die Bedeutung der bevorstehenden Tagung ergibt sich aus der jetzigen Weltlage. Es ist kein Geheimnis, daß einflußreiche westliche Kreise versuchen, den Welthandel und die Wirtschaftszusammenarbeit als Werkzeug der politischen Druckausübung und Erpressung zu benutzen. Deutlich ist auch, daß die VI. UNCTAD-Tagung angesichts einer ernstlichen Verschlechterung der Lage im Welthandel und einer Krise der kapitalistischen Wirtschaft stattfindet. Zudem fehlt praktisch jeglicher Fortschritt bei der Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen. Der Westen torpediert hartnäckig die Aufnahme globaler Verhandlungen zu Wirtschaftsfragen in der UNO.

Die prinzipienfeste Einstellung der sozialistischen Länder zu den Problemen der Weltwirtschaftsbeziehungen ist gut bekannt. Erneute Bestätigung fand sie in der Politischen Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten vom Januar 1983 in Prag. Darin wird u. a. die dringende Notwendigkeit der Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Entwicklungsländer betont sowie die Gewährleistung von Voraussetzungen für ein harmonisches Wachstum der internationalen Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik.

Hier muß von der angenäherten Position der sozialistischen Staaten, der Nichtpaktgebundenenländer und der "Gruppe 77" der Entwicklungsländer zu diesen Problemen gesprochen werden. Das beweisen u.a. die Ergebnisse der kürzlichen Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi und der Ministerkonferenz der "Gruppe 77" in Buenos Aires zur Vorbereitung der

UNCTAD VI. In ihren Dokumenten gilt den Wechselbeziehungen zwischen Ausrüstung, Weltwirtschaftszusammenarbeit und Entwicklung besondere Aufmerksamkeit.

Auf gerechter Grundlage

Die Sowjetunion wird auf der VI. UNCTAD-Konferenz beeindruckende Leistungen in diesem Bereich der internationalen Beziehungen aufweisen können. Handel, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der UdSSR mit den Entwicklungsländern nahmen in den 70er-- 80er Jahren rasch zu. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Anzahl langfristiger Handelsabkommen, der Verträge über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Weiterausgebaut wurde die Praxis zwischenstaatlicher Abkommen und Protokolle über die Lieferung sowjetischer Maschinen und Anlagen sowie technische Hilfsleistungen zu günstigen Bedingungen. Perfektioniert wurde die Wirkungsweise bilateraler Regierungskommissionen, deren Zahl inzwischen an die 20 beträgt.

Die Sowjetunion unterstützt die Entwicklungsländer weiterhin bei der Erschließung von Bodenschätzen zu Bedingungen, die die völlige Souveränität und Achtung ihrer legitimen Rechte gewährleisten. Mit einigen Entwicklungsländern wurden neue Abkommen über die Zusammenarbeit in der Industrie getroffen, die den Ankauf eines festgelegten Anteils der in den mit sowjetischer Hilfe errichteten Betrieben hergestellten Erzeugnisse vorsehen. Ferner entwickeln sich neue Formen gemeinsamer Arbeit.

Im letzten Jahrzehnt hat sich der Warenaustausch der UdSSR mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mehr als vervierfacht. Zur erfolgreichen Entwicklung des Handels trägt die langfristige vertragrechtliche Basis bei, die es gestattet, die Außenhandelsinteressen mit den Volkswirtschaftsplänen in Einklang zu bringen, die Entscheidung beiderseits interessierender ökonomischer Probleme zu koordinieren und den Handel mit der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Unterstützung zu verbinden.

Einen dynamischen Ausbau erfährt die wirtschaftliche und technische Unterstützung der Sowjetunion für die Entwicklungsländer. Hilfsleistungen zur Überwindung der wirtschaftlichen

Rückständigkeit dieser Staaten wurden in der UdSSR zur Staatspolitik erhoben. Diesen Kurs bestätigte der XXVI. Parteitag der KPdSU.

Die Sowjetunion hat bei ihren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern stets vor allem den rückständigsten unter ihnen besondere Beachtung gezollt. Der 1981 unter Schirmherrschaft der UNCTAD einberufenen UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder, die ein Hilfsprogramm für diese ärmste Staatengruppe in der Welt ausarbeitete, unterbreitete die UdSSR-Delegation ein Papier, das beeindruckende Resultate der Handels- und Wirtschafts- sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der UdSSR mit den am wenigsten entwickelten Ländern und konkrete Festlegungen für den weiteren Ausbau der Beziehungen zu ihnen auswies. Die UdSSR hat auch zu den in Belgrad zur Diskussion stehenden wichtigen Problemen eine präzise, prinzipienfeste Einstellung.

Diskriminierung beseitigen

Die Tagesordnung der UNCTAD VI. enthält einen Komplex von handelspolitischen Fragen, unter denen Probleme des Protektionismus sowie die Einhaltung der Prinzipien des Welthandels den wichtigsten Raum einnehmen. Diese Fragen haben heute akuten politischen Charakter. Der gegenwärtige Zustand der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen bleibt kompliziert. Mehrere kapitalistische Länder ergreifen immer häufiger handelspolitische Maßnahmen zur Beschränkung des Handels, die nichtwirtschaftlicher Natur sind. Das wirkt sich negativ auf das allgemeine Klima des Welthandels aus und verringert das Vertrauen zwischen den Handelspartnern.

Seit der V. UNCTAD-Konferenz (Manila, 1979) haben sich die protektionistischen Tendenzen in den meisten kapitalistischen Industrieländern wesentlich verstärkt. Handelsbeschränkungen in unterschiedlichen Formen haben Anfang der 80er Jahre rund die Hälfte des gesamten internationalen Handelsvolumens erfaßt und nehmen immer stärker diskriminierenden Charakter an. Angesichts dessen müssen die UNCTAD-Teilnehmer ihre Anstrengungen auf die Wiederherstellung des Vertrauens in den Weltwirtschaftsbeziehungen und auf die Normalisierung der handelspolitischen Situation richten.

Es muß durchgesetzt werden, daß die Wirtschaftsbeziehungen auf der strikten Einhaltung der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, auf beiderseitigem Vorteil und der Beachtung übernommener Vertragsverpflichtungen basieren. Handels- und andere Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten müssen auf

den Prinzipien der Meistbegünstigung aufgebaut sein.

Das Problem der Effektivität der **Normen, Prinzipien und Regeln** in den Weltwirtschaftsbeziehungen ist ein wichtiges politisches und ökonomisches Problem. Wir werden heute immer häufiger Zeugen einer Verletzung der Grundlagen des Welthandelssystems durch verschiedene Formen der Diskriminierung. Bedeutet das vielleicht, daß die anerkannten Prinzipien des Handels veraltet sind und ersetzt werden müßten? Keineswegs. Nur werden viele dieser Prinzipien nicht praktiziert, wird versucht, Fälle ihrer Verletzungen zu legalisieren und die Prinzipien selbst zur Ausnahme zu machen.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie die Frage nach der Einhaltung der bereits bestehenden Regeln in der Geschäftspraxis durch alle Staaten aufzuwerfen. Die Bemühungen der UNCTAD müßten darauf konzentriert sein, klarzustellen, wie die alten Prinzipien, Regeln und Normen des Welthandels von allen Ländern eingehalten werden, welche Schwierigkeiten bestehen und wo die Gründe liegen, die einer normalen Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter entsprechender Berücksichtigung der Interessen aller Seiten im Wege stehen.

Besondere Aktualität erlangt die Debatte von **Fragen der Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen** auf der Konferenz. Alle Strömungen des Handels sind auf die eine oder andere Weise miteinander verbunden, und die Verletzung der einen wirkt sich unausbleiblich auf den Zustand der anderen aus. Deshalb muß die UNCTAD, wie es ihr universeller Charakter auch vorsieht, alle Richtungen des Welthandels untersuchen, einschließlich der Handelsbeziehungen zwischen den sozialistischen und den Entwicklungsländern wie auch zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Industrieländern.

Konkrete Beschlüsse erforderlich

Hinsichtlich der Probleme des **Rohstoffhandels** stimmen die Einstellungen der verschiedenen Ländergruppen nicht überein. Für die Entwicklungsländer hat deren Diskussion auf der VI. UNCTAD-Konferenz besondere Bedeutung, da sich keine andere Weltorganisation mit diesem Problem unter diesem Blickwinkel und in diesem Umfang befaßt. Im großen ganzen sind diese Länder an einer Erweiterung des Wirkens der UNCTAD in diesem Bereich interessiert, während die kapitalistischen Industrieländer es vorziehen würden, diese Fragen auf anderen Foren (GATT, FAO) zu untersuchen, wo sie stärkere Positionen besitzen.

Die sozialistischen Länder beteiligen

"NEUE ZEIT" 20.83

sich aktiv an der Lösung der Rohstoffprobleme und unterstützen Vorschläge zu einer verstärkten Rolle der UNCTAD in diesem Bereich. Da sie ihre Wirtschaft auf planmäßiger Grundlage entwickeln, sind sie objektiv an der Stabilisierung der Rohstoffmärkte interessiert. Die sozialistischen Länder setzen sich für eine Umgestaltung der Weltrohstoffmärkte ein,



Eine mit Hilfe der Sowjetunion in Mosambik errichtete Fachschule

Foto: TASS

die u. a. die Lage der Entwicklungsländer verbessern würde. Eine Hauptvoraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe ist die Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle über die Tätigkeit der transnationalen Gesellschaften. Nur unter dieser Bedingung können die weltweiten Bemühungen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte Erfolg haben. Übrigens betrifft das nicht nur das Problem der Rohstoffgüter, sondern den gesamten Komplex der Beteiligung der Entwicklungsländer an den Weltwirtschaftsbeziehungen.

Devisen- und Finanzprobleme nehmen auf der Konferenz einen zentralen Raum ein. Das erklärt sich aus der in jüngster Zeit verschlechterten Devisen- und Finanzlage der frei gewordenen Staaten, aus der Zunahme ihrer Auslandsschulden, den Versuchen, ihre Schwierigkeiten zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu nutzen und ihnen die Burden der Wirtschaftskrise des Westens aufzuladen.

Die sozialistischen Staaten orientieren die UNCTAD vor allem auf den verstärkten Abfluß der Finanzressourcen aus den Entwicklungsländern in die kapitalistischen Industriestaaten, und zwar in Form von Dividenden und Profiten aus privaten Auslandsinvestitionen. Die RGW-Länder

unterstützen die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer an die kapitalistischen Industriestaaten, ihnen erweitert reale Ressourcen zu Entwicklungszwecken zu überlassen. Diesen Zwecken müßte auch das internationale Währungssystem entsprechen, das die Aufgabe hätte, Bedingungen zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen aller Länder der Welt zu schaffen, basierend auf Prinzipien, die ihnen gleiche Rechte bei der Lösung der Devisen- und Finanzprobleme sichern.

Die sozialistischen Länder unternehmen nach wie vor vieles zur **Bildung und Stärkung des wissenschaftlich-technischen Potentials** der Entwicklungsländer, zur Ausbildung nationaler Kader sowie zur Industrialisierung der dortigen Wirtschaft. Sie begrüßen Vorschläge für internationale Maßnahmen zur Reduzierung und vollständigen Einstellung des Abzugs qualifizierten Personals aus den Entwicklungsländern.

Die sozialistischen Länder sind ferner für den Ausbau der Wirtschafts zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, den sie als wichtiger Faktor zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und als Instrument zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung betrachten.

In Belgrad wird man sich auch mit der **Hilfe der UNCTAD an die nationalen Befreiungsbewegungen** befassen, die als regionale Wirtschaftsorganisationen anerkannt sind. Die Haltung der sozialistischen Länder besteht hier bekanntlich in der ständigen Unterstützung des Kampfes der Völker für nationale und soziale Befreiung.

Die Konferenz wird der **Ver vollkommenung der Tätigkeit der UNCTAD** entsprechende Beachtung schenken. Die dazu vorhandenen Beschlüsse haben eine gute Grundlage zur erhöhten Wirksamkeit der Organisation geschaffen. Jede Arbeit in diesem Bereich muß auf die Zunahme der Effektivität und Wirksamkeit der UNCTAD als universelles Handels- und Wirtschaftsforum abzielen, das den Welthandel fördern soll.

Die VI. Konferenz wird ein bedeutendes internationales Ereignis des Jahres 1983 sein. Jedes Land kann und muß seinen Beitrag zu ihrem Erfolg leisten sowie politischen Willen und Realismus zeigen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben auf der kürzlichen Tagung des Rates für Handel und Entwicklung ihre Bereitschaft bekundet, mit allen interessierten Staaten zusammenzuarbeiten, um für alle annehmbare Lösungen der aktuellen Probleme der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu finden und Bemühungen zu unternehmen, das Forum der UNCTAD in Belgrad zu konkreten Resultaten gelangen zu lassen.

G. KRASNOW

TOR ZUR ZUKUNFT...

ODER ZUR VERGANGENHEIT?

"Heute steht die Bundesrepublik Deutschland an einem Wendepunkt ihrer Geschichte", intonierte Bundeskanzler Helmut Kohl am 4. Mai in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag. "Das Tor zur Zukunft steht offen."

Man hat das offenbar so zu verstehen, daß die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, die bei den Bundestagswahlen am 6. März die Stimmenmehrheit erhalten hatte, dieses Tor aufgestoßen hat. Wie nun sieht die Regierung die Zukunft der BRD, und wie wird sie ihre Politik in den bevorstehenden vier Jahren gestalten?

Antwort auf diese Fragen hätte die Regierungserklärung geben müssen. Sie war mit großem Interesse erwartet worden, da die Partner während der Koalitionsgespräche Widersprüche in vielen wichtigen Fragen nicht beheben konnten und einige nicht einmal angesprochen wurden.

Auf den Spuren Adenauers

Kohls Berater, die den Wortlaut der Regierungserklärung aufsetzten, mußten allerhand Kunstfertigkeit aufwenden, um Worte und Ausdrücke zu vermeiden, die dem einen oder anderen Koalitionspartner in die falsche Kehle gerutscht wären. So fehlt auch das Wort "Entspannung" in der Erklärung, das in der bajuwarischen Hauptstadt Zornausbrüche hervorruft. Allerdings hörte man dafür etwas von einem "Abbau von Spannungen".

Es geht jedoch nicht um Worte, sondern um das Wesen der Politik, die da gemacht werden soll. "Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird", sagte der Bundeskanzler. Die NATO- und EG-Mitgliedschaft bezeichnete er als "Fundamente unserer Außenpolitik". "Kernstück der Allianz bleibt unsere tiefe und festverwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika", präzisierte Kohl, der es seiner Regierung zuschreibt, daß "die Grundlagen dieser Freundschaft seit Oktober 1982 für jedermann sichtbar gefestigt sind. Das Vertrauen ist erneuert." Wie denn?

Bekanntlich gilt in Washington heute vor allem die Zustimmung zur Stationierung von US-Kernraketen als Kriterium für die Treue der Westeuropäer zur NATO

und zum Bündnis mit den USA. Bonns Politik streckt sich ganz und gar auf dieses Prokrustesbett, was der Bundeskanzler erneut bestätigte, indem er die Bereitschaft kundtat, bei einem Patt der Genfer Verhandlungen Raketen aufzustellen. Als "endgültiges Ziel" der Verhandlungen betrachtet Kohl nach wie vor die Reagansche "Null-Lösung". Der US-Vorschlag einer "Zwischenlösung" gilt ihm als "fair und konstruktiv". Die jüngsten, von Juri Andropow während des UdSSR-Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vorgetragenen sowjetischen Angebote begrüßte der Kanzler, wobei er gleichzeitig sagte, sie bestätigten "unsere Auffassungen, daß die sowjetische Führung noch nicht ihr letztes Wort zum amerikanischen Vorschlag einer Zwischenlösung gesprochen hat".

Das ist bestenfalls ein Irrtum, schlimmstenfalls aber eine bewußte Verzerrung der Dinge. Die Sowjetunion unternimmt alles, um in Genf zu einem Abkommen über die Reduzierung der Kernwaffen in Europa auf der Basis des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu gelangen. Die "Null-Lösung" wie die "Zwischenlösung" aber setzen die einseitige Abrüstung der Sowjetunion voraus, und darauf wird sie sich niemals einlassen.

Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Opposition, beschuldigte die Regierung in der Debatte, sie ergreife keine Initiativen zur Kriegsverhütung. Vogel sprach sich dafür aus, bei den Genfer Verhandlungen die französischen und britischen Kernwaffen zu berücksichtigen, und warf sogar die Frage auf, ob genügend Zeit zur Ausarbeitung eines Abkommens sei, womit er Intentionen kritisierte, unbedingt Ende dieses Jahres mit der "Nachrüstung" zu beginnen. Andererseits hatten die Sozialdemokraten wieder kein klares Nein zur Stationierung der Raketen. Nach wie vor schieben sie ihre Entscheidung zu dieser für das Land hochwichtigen Frage bis zum Herbst hinaus.

In der Regierungserklärung ließ Kohl die Friedensbewegung und die Tatsache unerwähnt, daß die meisten Bundesbürger gegen die US-Raketen sind. Deren Stimme aber erkönte nun auch im Bundestag. Marieluise Beck-Oberdorf, Abgeordnete der Grünen, engagierte sich für eine



Außenpolitik, die darauf hinauslaufen müßte: "Keine Pershing 2 und keine Cruise Missiles in diesem Land, Schritte zur Demilitarisierung bis zur Atomwaffenfreiheit." Sie warnte: "Im Herbst werden wir auf der Seite stehen, wo die Knüppel der Staatsgewalt auf die Menschen niedergehen werden, die die Stationierung neuer Raketen aus Verantwortung vor sich und ihren Kindern nicht hinnehmen können."

Die Regierungserklärung erkennt die große Bedeutung guter Beziehungen zu den östlichen Nachbarn für die BRD an. "Uns liegt daran, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts zu erreichen", sagte Kohl. "Wir streben an, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen und zu vertiefen."

Bei seinem bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion will der Kanzler mit der sowjetischen Führung wesentliche Probleme erörtern. "Bei gutem Willen bietet sich ein weites Feld der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlich-kulturellem Gebiet", meinte er.

Die Sowjetunion ist bekanntlich für die Weiterentwicklung des friedlichen Dialogs mit der BRD. Die Grundlagen dafür sind gegeben: der Moskauer Vertrag und andere in den 70er Jahren getroffene Abkommen. Man darf jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß die Beziehungen zwischen unseren Ländern ernstlich beeinträchtigt würden, wenn die Bundesrepublik zu einem Brückenkopf für den atomaren Erstschiß gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gemacht würde. Davon sprach Juri Andropow in seinem "Spiegel"-Interview, und die Staatsmänner der BRD werden es zur Kenntnis genommen haben.

Der angekündigten Verbesserung der Beziehungen zu den Warschauer Vertragsstaaten widerspricht auch jener Abschnitt der Regierungserklärung, in dem es um die Beziehungen zur DDR

geht. Hier ist, wie die Massenmedien feststellen, besonders die Handschrift des Franz Josef Strauß zu spüren. Die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten bezeichnete der Kanzler als "gefährlich", dahinter höre das "Recht auf Selbstbestimmung" auf.

Mit welchem Recht aber läßt sich der Bundeskanzler über die Selbstbestimmung des Volkes der DDR aus? Es hat seinen Weg des Aufbaus des Sozialismus beschriften. Gutfachbarliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehören, können allein auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz basieren. Jeder Versuch, die Dinge so hinzustellen, als bliebe die deutsche Frage "offen" oder gar die BRD als Willensvertreter aller Deutschen auszugeben, muß lediglich zur Verstärkung der Spannungen in Europa führen.

Gesagt werden muß auch etwas zu Kohls Lob für die sogenannten Vertriebenenverbände, deren Leistung es sei, "daß Revanchismus in Deutschland keinen Boden fand". Diese Verbände aber waren ja gegründet worden, um revanchistisches Gedankengut zu bewahren. Und ihre Aktivitäten haben unter der jetzigen Regierung eindeutig zugenommen. Was den Boden für den Revanchismus angeht, muß man fragen, ob er nicht von den Behauptungen einiger Vertreter des Regierungslagers gedämpft wird, das "Deutsche Reich" bestehne in den Grenzen von 1937 weiter? Das nämlich war im Bundestag aus dem Mund des Vorsitzenden der Landsmannschaften in der CSU, Dr. Theodor Waigel, zu vernehmen.

Die Unterstützung des Revanchismus kann das "Tor zur Zukunft" nicht öffnen. Sie führt nur in die Vergangenheit. In der Vergangenheit aber, daran sei erinnert, hat diese Politik eine glatte Niederlage erlitten.

Auf Fingerzeig der Konzerne

Die Parteien der jetzigen Regierungskoalition haben den Wählern ein Abklingen der Krise und einen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen. Helmut Kohl hat am 4. Mai behauptet, der habe bereits begonnen, was auf den Oppositionsbänken mit lautem Gelächter quittiert wurde.

Der Grund für diesen düsteren Frohsinn ist unschwer zu erkennen. Am gleichen Tag gab es neue offizielle Angaben über die Arbeitslosigkeit: im April waren 2,255 Millionen Beschäftigungslose bei den Arbeitsmännern registriert. Gegenüber dem März sind es zwar um 132 700 weniger, jedoch erklärt die Bundesanstalt für Arbeit diese Verringerung mit reinen Saisongründen. Insgesamt überwiegen

auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor "ungünstige Tendenzen". Gegenüber April v. J. ist die Zahl der Arbeitslosen um 500 000 gestiegen, was die "Frankfurter Rundschau" zu der Feststellung veranlaßte, "die ökonomischen Verheißen... Kohls... wurden noch am selben Tage von den Fakten widerlegt".

Zwei Tage vor dem Kanzlerauftritt legten fünf führende Wirtschaftsinstitute Konjunkturprognosen vor, denen zufolge das ökonomische Wachstum in der BRD 1983 0,5% ausmachen wird. Doch selbst dieser bescheidene "Aufschwung" ist nicht garantiert, da die Auftragslage der Betriebe schlechter als am Ende des Vorjahres ist und die Arbeitslosenzahl im kommenden Winter schätzungsweise 2,8 Millionen erreichen könnte.

Als "Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft" definiert die Regierung ihre Wirtschaftspolitik. In der Praxis sieht diese "Erneuerung" neue Steuergünstigungen für die Unternehmer vor. Den Werktäglichen dagegen werden neue Opfer abverlangt. Die Sozialausgaben im Haushalt 1984 sollen um 6 bis 7 Md. DM beschnitten werden, was vor allem die Rentner belasten wird. Auch die Beitragszahlungen zu den verschiedenen Sozialfonds werden angehoben. "Aufgabe Nummer eins ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit", wurde von Helmut Kohl verkündet. Konkrete Schritte werden von der Regierung jedoch in der Hoffnung auf den "wirtschaftlichen Aufschwung" nicht unternommen. Der Arbeitslosigkeit läßt sich, wie Wirtschaftsexperten glauben, aber nur mit einer jährlichen fünfprozentigen Heraufsetzung des Bruttosoziallandsprodukts begegnen. Und das ist, wieder nach allgemeiner Ansicht, völlig unreal. Die Forderung der Gewerkschaften nach verkürzter Arbeitswoche wurde von Kohl ignoriert. Die Unternehmerverbände zollten noch gleichen Tags den Wirtschaftsplänen der Regierung ihr Lob.

Das Präsidium des DKP-Vorstands bezeichnete die Regierungserklärung insgesamt als "Programm für die 'Wende nach rechts'" und forderte die demokratischen Kräfte auf, dagegen einzuschreiten.

Die Frage, wie es in der Bundespolitik weitergehen wird, ist noch nicht endgültig entschieden. Immer deutlicher heben sich Widersprüche innerhalb der Regierungskoalition ab. Scharfe Stellung gegen den Regierungskurs bezieht die Opposition. Schließlich, und das ist die Hauptsache, wollen Millionen Werktägliche der BRD nicht, daß ihr Land in die Vergangenheit — in die Zeiten der Konfrontation und des kalten Krieges — zurückfalle.

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Bonn

NACH ALTEM DREHBUCH

Die Lage an Nikaraguas Grenzen bleibt gespannt. Die sandinistischen Streitkräfte schlugen die Somozistas, die am 30. April ins Departement Nueva Segovia eindrangen, erfolgreich zurück. Jetzt bereiten weitere etwa 1000 Somozistas einen Einfall in Nikaragua vor.

Diesmal kommt ein neues, überaus gefährliches Moment hinzu. Auf einer Tagung des Staatsrates sagte Daniel Ortega, Koordinator des Regierungsrates der Nationalen Erneuerung Nikaraguas: "Bald nach dem Einfall von Somozistas und honduranischen Soldaten ist eine Intervention der US Army nicht ausgeschlossen."

Daß dies eintreten kann, wird durch eine vor kurzem aus Panama gekabelte Meldung des Korrespondenten der Prensa Latina bekräftigt. Unter Berufung auf Vertreter des Kommandos Süd der USA teilte er mit, Verbände von US-Marines seien in Puerto Caldera (Kostarika) gelandet und würden von dort an die Grenze Nikaraguas verlegt werden. Seit Wochen schon befindet sich dort ein Kontingent von GIs. Außerdem wurde eine große Partie Waffen für nikaraguanische Konterrevolutionäre, die sich in Kostarika festgesetzt haben, dorthin transportiert. Von CIA-Instrukturen ausgebildet, haben sie im Süden Nikaraguas im Grunde bereits eine zweite Front eröffnet und sind, von Hubschraubern, Flugzeugen und Motorbooten unterstützt, in der Stärke eines Verbands von mehreren hundert Mann in die Departements Zelaya und Rio San Juan eingedrungen.

Welche Rolle den US-Marineinfanteristen in Kostarika zugeschrieben ist, wird sich demnächst zeigen. Aber schon jetzt ist klar, daß ihre Funktion sich alles in allem mit jener der honduranischen Soldados im Norden Nikaraguas deckt: Unterstützung der Invasoren aus dem Hinterland.

Auch ein weiterreichender Plan Washingtons ist unverkennbar: militärische Zusammenstöße Nikaraguas mit Honduras und Kostarika zu provozieren. Wozu? Um die unmittelbare US-Einmischung in die Angelegenheiten der Staaten dieses Raums zu rechtfertigen und eine Internationalisierung des Konfliktes zu erlangen, darauf aber der US-Intervention den Anstrich einer kollektiven Aktion zu geben — wie 1965 in der Dominikanischen Republik.

A. BARYSCHEW

ZWISCHEN GESTERN UND MORGEN

Wiljam MKRTSCHAN

Malta ist nur wenig mehr als 300 Quadratkilometer groß, Bevölkerung — 320 000.

Odysseus, König von Ithaka, erlebte auf der Irrfahrt von Troja nach Hause viele Abenteuer... Sieben Jahre verbrachte er in der "süßen Gefangenschaft" — in der Höhle der Nymphe Kalypso (diese Höhle lockt auch heute Hunderttausende Touristen jährlich an). Soweit die Legende, die der Nachwelt von Homer übermittelt wurde, der von den Zauberkräften der "Honiginsel" Mellita — wie die alten Griechen Malta nannten — wußte.

Zu allen Zeiten wurde die Insel in Konflikte zwischen Völkern Europas, Nordafrikas und des Nahen Ostens verwickelt. Auf Malta gefundene Steintafeln bezeugen: Die Phönizier richteten es sich hier ein, bevor sie den zu jenen Zeiten gewaltigen Sprung nach Gibraltar, zum Atlantik, wagten. Und die Römer konnten Karthago erst niederzwingen, nachdem sie ihre militärische Herrschaft über Malta errichtet hatten. Die Araber nahmen auf ihrem Weg zur Pyrenäenhalbinsel vorsorglich Malta in Besitz. Die Kreuzritter, die die Araber von dort vertrieben, betrachteten Malta als Vorposten gegen die weitere Ausbreitung des Islam nach Westen. Napoleon gestand einmal dem britischen Botschafter ein, er würde lieber englische Truppen in den Vororten von Paris als auf Malta sehen. Winston Churchill verwies 1941 in seinem Brief an den Generalgouverneur von Malta darauf, daß diese Insel einer der Schlüsselposten sei, der die Herrschaft des Empires im Mittelmeer gewährleistet.

Nachdem Großbritannien 1800 Malta erobert hatte, klammerte es sich an die felsige Insel und verwandelte sie in einen Kriegsmarine- und später Luftwaffenstützpunkt. Viele Jahrzehnte war Malta der wichtigste Stützpunkt Londons, der ihm gleichzeitig Einfluß in Südeuropa und im Nahen Osten sicherte. Während des zweiten Weltkrieges konnten die Luftwaffe und die Kriegsmarine Großbritanniens mit Hilfe Maltas die See- und Luftkommunikationen der in Nordafrika kämpfenden deutschen und italienischen Truppen im Mittelmeer ernstlich gefährden, wobei sie zeitweilig den Nachschub für Rommels Afrikakorps fast vollständig unterbrachen. Ohne Munition und Treibstoff kapitulierten die italienischen Truppen, und die deutschen wurden nach Italien verlegt.

Nach dem Krieg wurde Malta wiederholt im Interesse des NATO-Blocks gegen die arabischen Länder eingesetzt. Insbesondere diente die Insel als Aggressorenstützpunkt während der Suez-Krise von 1956, der Libanon-Krise von 1958, im Nahostkrieg von 1967 und bei zahlreichen Provokationen gegen die Libysche Arabische Republik und andere Länder der Region.

Fremde machten sich zu allen Zeiten die besondere strategische Lage der Insel zunutze, auch wenn dies dem Willen des maltesischen Volkes widersprach. Erst zu Beginn des 20. Jh. begann unter dem Einfluß der revolutionären Bewegung des europäischen Proletariats und insbesondere der Oktoberrevolution das Selbstbewußtsein der Malteser zu

erwachen und zu erstarken. 1964 erlangte das Volk Maltas die politische Unabhängigkeit.

Doch Großbritannien gelang es, mit Kollaboration der einheimischen Bourgeoisie der Insel ein "Verteidigungsabkommen" aufzuzwingen, das NATO-Militärstützpunkte auf der Insel erlaubte. Eben dort befand sich der Stab der vereinigten NATO-Seestreitkräfte in Südeuropa.

1971 und 1972 verfolgte die ganze Welt aufmerksam den ungleichen Kampf, den Malta gegen Großbritannien und die anderen NATO-Länder für seine souveränen Rechte führte. Durch den Sieg der Labour Party bei den Wahlen von 1971 kam die Regierung Dom Mintoff an die Macht. Sie beseitigte den NATO-Stab



Auf den Straßen Vallettas

auf der Insel. Dann setzte die Regierung Mintoff eine Pachtgebühr für die Stützpunkte und die Begrenzung der Präsenzdauer des britischen Militärpersonals auf der Insel durch.

Am 31. März 1979 verließen die letzten britischen Soldaten Malta. Die britischen Kreuzer und U-Boote zogen ab. Das Heulen der dort stationierten Düsenjäger der britischen Luftwaffe verstummte, und am Fahnenmast über dem alten Fort St. Angelo stieg statt des Union Jack die rot-weiße Flagge der Republik Malta auf.

Nach seiner Befreiung vom Kolonialjoch erklärte Malta die Neutralität. Dieser Schritt wurde von der Mehrheit des maltesischen Volkes gebilligt und fand die Unterstützung der progressiven Weltöffentlichkeit. Im Oktober 1981, nach dem Aus-

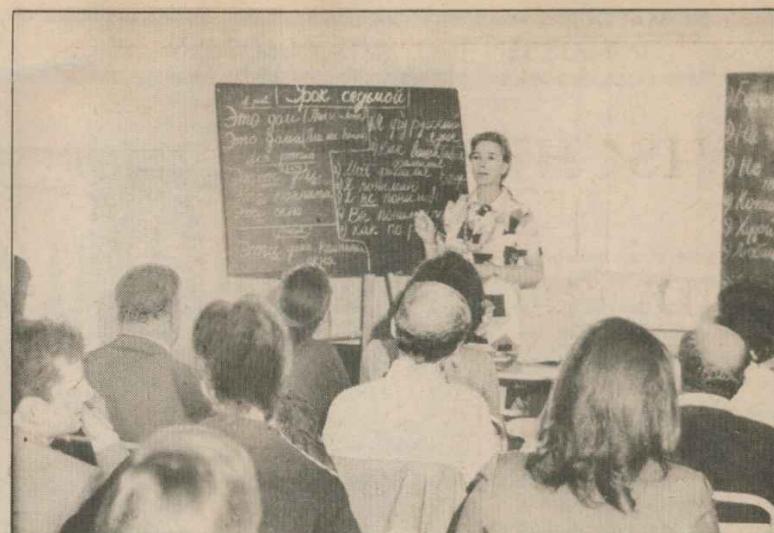
tausch von Aidememoires, erklärte die Sowjetregierung die Anerkennung, Achtung und Unterstützung dieses Kurses der Republik Malta. Die auf den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit und der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Staaten basierende Außenpolitik Maltas, ihre aktive Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz von Helsinki, am Madrider Treffen und an anderen bedeutenden internationalen Foren widerspiegeln die Hoffnungen des maltesischen Volkes und tragen zum wachsenden internationalen Ansehen der Mittelmeerrepublik bei.

Eine Verbesserung der Lage im Mittelmeer fördern auch Schritte wie die Schließung der maltesischen Häfen für die 6. US-Flotte, der endgültige Abzug der britischen Truppen von der Insel, die Verpflichtung, keine Kernwaffen auf ihrem Territorium zu stationieren, und die Anerkennung der PLO als legitimen Vertreters des palästinensischen Volkes.

Die unabhängige Außenpolitik Maltas stört gewisse Kreise innerhalb wie außerhalb des Landes. Manche Vertreter der maltesischen Bourgeoisie haben die Verbindungen zum britischen Kapital behalten, und sie verfolgen ihre zutiefst egoistischen Ziele, die von den wahren Interessen des maltesischen Volkes weit entfernt sind. Einige westliche Länder haben den Gedanken nicht aufgegeben, Malta erneut in den Bereich der NATO hineinzuziehen und die Insel in deren Stützpunkt zu verwandeln. Sie schmieden Intrigen gegen Malta, lassen ihren Secret Service operieren, finanzieren geheim NATOTreue reaktionäre Elemente, die sich um die oppositionelle Nationalpartei gruppieren. Besondere Aktivitäten entwickelt Washington, das das Mittelmeer sozusagen zum "Mare Nostrum" erklärt hat.

Viele Einwohner Maltas verstehen, daß die Mittelmeerstrategie der USA und der NATO auf die Schaffung einer mächtigen Stoßkraft gerichtet ist, darauf, diese zur Veränderung der Lage in der gesamten Region einzusetzen. Nach dem Verlust ihrer Stützpunkte im Iran wollen sich die USA Malta gefügig machen, um so dem Pentagon den Zugang zum Nahostöhl zu sichern.

In diesem Zusammenhang ist die 1981 erfolgte "Erkundungsmision" des US-Repräsentantenhauses unter dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Zablonki, in Valletta nicht un interessant. In ihrem Bericht verwiesen die Mitglieder der "Zablonki-Mission" besonders auf die strategi-



Russischkurse sind auf Malta sehr beliebt

Fotos des Autors

ische Lage Maltas, auf seine natürlichen Tiefwasserhäfen, was alles nach Meinung der Berichtsverfasser die Insel besonders wertvoll werden läßt.

Die Kongreßabgeordneten zeigten sich "besorgt" darüber, daß die Regierung Mintoff nach der Beseitigung der britischen Stützpunkte die Republik für neutral erklärte, sich der Bewegung der Nichtpaktgebundenen anschloß und eine Ausweitung der Kontakte zu den sozialistischen Staaten und den arabischen Ländern anstrebt. Die Berichtsverfasser gestanden ein, daß Washington an einer Wiederaufnahme der Militärbeziehungen Maltas zu den NATO-Ländern interessiert ist, und empfahlen, weiterhin ein neues Abkommen über "Sicherheitsfragen" mit Valletta anzustreben. Im Frühjahr 1982 führte dort Lawrence Eagleburger, stellvertretender US-Außenminister für politische Fragen, Gespräche über die "bilateralen Beziehungen".

Die Regierung Malas gab den US-Emissären klar zu verstehen, sie wolle auch in Zukunft am Kurs der Nichtpaktgebundenheit und an der Unterstützung der Entspannungspolitik festhalten. In letzter Zeit erklärten Ministerpräsident Dominic Mintoff, Außenminister A. Sceberras Trigona und andere Politiker wiederholt: Malta tritt für die strikte Beachtung der Prinzipien der KSZE-Schlüssele ein, da sie die Achtung der souveränen Rechte jedes Landes und die Nichteinmischung in dessen innere Angelegenheiten verlangen.

Die Regierung Mintoff fördert die Schaffung einer soliden

Wirtschaftsbasis. Sie hat alle Großbanken (u. a. die ausländischen), Rundfunk, Fernsehen und Telegraf aufgekauft und unter staatliche Kontrolle gestellt. Eine nationale Fluggesellschaft und eine eigene Reederei, sowie eine Reihe staatlicher Industriebetriebe wurden geschaffen. Der größte Industriebetrieb des Landes, die Trockendocks, wurden unter Arbeiterkontrolle gestellt. Das Steuersystem wurde geregelt. Infolgedessen gelangt nun ein Teil der Profite der Privatbetriebe, Firmen und Kirchen in die Staatskasse. Lohngestaltung und soziale Sicherheit wurden neu geregelt. Das verbesserte insbesondere die Lage von Arbeitern mit großen Familien und unterbezahlten Arbeitskräften. Gesundheits- und Bildungswesen wurden verbessert, die Wohnungsbauprogramme ausgebaut. Große Mittel wurden für Lebensmittelsubventionen bereitgestellt. Nicht von ungefähr stimmen deshalb in den letzten 12 Jahren die meisten Wähler für Mintoffs Labour Party.

Die Malteser nennen ihre Insel poetisch "Stück Felsen mitten im Meer". Edward Ellul, ein bekannter Politiker und Dichter Malas, Träger des Ordens der Ehrenlegion, interpretierte das auf seine Weise: Da "Stück" und "Frieden" im Englischen Homonyme sind, wollen die Einwohner Malas ihre Insel nicht, wie die NATO-Strategen, als "unversenkbares Flugzeugträger" sehen, sondern als Granitblock im Fundament des Friedens und der Sicherheit im Mittelmeer. Malta festigt seine politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit. So leistet es seinen Beitrag zum Kampf der Völker für Freiheit und Sicherheit in Europa.

IM RAKETENWALD

Fragen Sie einen beliebigen BRD-Bürger, was er über den Umweltschutz denkt, und er wird Ihnen sagen, für wie wichtig er dieses Problem erachtet. Ja, wen bewegt heute nicht der Umweltschutz? (siehe S. 22).

Doch, wie der Karikaturist der "Süddeutschen Zeitung" (Zeichnung oben) meint, droht den bundesdeutschen Eichenwäldern nicht nur der saure Regen. Immer näher rückt die Stationierung der amerikanischen Pershing 2 und der Cruise Missiles in der BRD. Sollten die bundesdeutschen Wälder in Nuklearraketenhaine verwandelt werden, könnte so ein Brand ausbrechen, in dem nicht nur seltene Tierarten, sondern alles Leben umkommen würde.

Soweit ist es bislang noch nicht. Doch Bonns Kriegsvorbereitungen plündern bereits jetzt die Steuerzahler aus. Für den Bau der Stellungen allein der Cruise Missiles wird die Bundesregierung Pressemeldungen zufolge über 11 Mio DM ausgeben. Doch Bonn hat sich freundlicherweise bereit erklärt, über ein Viertel aller Ausgaben zur Schaffung der neuen NATO-Infrastruktur zu übernehmen. Auf Beharren Washingtons wurden die Kosten dieses Programms fast verdoppelt — auf 8,6 Md. DM. Kein Wunder, daß in der BRD die Mittel für Berufsausbildung, Renten und Kindergeld ständig gekürzt werden. In nächster Zeit sollen die Arbeitslosenunterstützung um 5% und das Kurzarbeitergeld um 10% gekürzt werden. Zwischen der Kürzung der Sozialausgaben und dem Wettrüsten besteht also ein direkter Zusammenhang.

Obrigens profitieren gewisse Leute in der BRD durchaus von



Messerschmitt-Bölkow-Blohm in die Zukunft.

Der Aufruf der NATO-Strategen, den Gürtel enger zu schnallen, — dargestellt vom Karikaturisten der besagten "Süddeutschen Zeitung" (Zeichnung unten) — gilt also für die meisten, doch weitaus nicht für alle Bundesbürger. Die Rüstungsindustrie hat dabei nicht das Nachsehen.

N. SHOLKWER

der Kriegsvorbereitung. Die Motoren-und-Turbinen-Union, die 80% ihrer Erzeugnisse für den Rüstungssektor produziert, erhielt in diesem Jahr Aufträge über mehr als 1,1 Md. DM. Auch die Firma Krauß-Maffei, die zum Flick-Konzern gehört, macht riesige Profite. Dank der Serienproduktion der Leopard-2-Panzer ist die Firma für die kommenden vier Jahre mit Aufträgen eingedeckt. Optimistisch sieht auch einer der größten militärischen Luftfahrtkonzerne der BRD,



BOTHAS SORGEN

RSA-Premierminister Pieter Botha appellierte kürzlich in der Kapstadter Versammlungskammer an "alle, denen die Interessen der RSA teuer sind", nicht "den Russen und deren Satelliten in die Hand zu arbeiten". Sie streben, wie er sagte, nichts weniger an als die "Errichtung ihrer Kontrolle" über das südliche Afrika. Gegen die RSA, tobte der Premier, werde eine totale internationale Kampagne entfesselt, und wenn die Zeit gekommen sei, solle eine gut vorbereitete militärische Offensive eröffnet werden.

Seinen Premier unterstützte der RSA-Botschafter in Washington, Brand Fourie. Er sandte an den "Christian Science Monitor" einen Brief, in dem er schrieb: "Rußland ist schuld an der Destabilisierung der Lage im südlichen Afrika... Es ist glasklar, daß dies die RSA-Führung ernstlich beunruhigt."

Dem Botschafter mag es klar sein. Doch wer verübte 1975 die Aggression gegen Angola? Wer richtete 1978 das Blutbad unter den namibischen Flüchtlingen in Cassinga an? Wer begann am 23. August 1981 unter dem Codenamen "Operation Protea" die erneute Großinvasion nach Angola? Und wer schließlich führt den nichterklärten Krieg gegen Mosambik und Simbabwe?

N. ALEXANDROW

ZU ALLEM BER

Nach dem Machtantritt der derzeitigen Regierung gab Premierminister Yasuhiro Nakasone so viele militante Erklärungen ab, daß unweigerlich der Eindruck entsteht, Japan stehe fast am Rande eines Krieges, schreibt die Zeitschrift "Sekei".

Tokio meint, militaristische Leidenschaften an den Tag legen zu müssen. Eine Meinungsumfrage unter führenden amerikanischen Geschäftsleuten und Politikern (im Januar im Auftrag des japanischen Außenministeriums vom Gallup-Institut durchgeführt) zeigte: Ein Drittel der Befragten betrachten Japan nicht als zuverlässigen Verbündeten der USA. Das machte die Tokioter Führung nachdenklich: Sind ja für sie die Beziehungen zu den USA ein Eckpfeiler der

REUE DIENSTE

Antlich gibt es in den USA seit langem — sondere "Tradition" — den eigenen eunden respektable staatliche Posten anzen. Unter Reagans Präsidentschaft die Zeitschrift "Fortune" konstatiert, eue Tendenz vom Weißen Haus rt: auf wichtige Posten Frauen stellter Persönlichkeiten und Senato setzen.

wurde erst vor kurzem Dee Jepsen zur assistentin des Präsidenten für Ver- gen mit der weiblichen Öffentlichkeit. Welche Verdienste hat sie? Außer attraktiven Aussehen verfügt sie noch en Ehemann — den republikanischen Rodger Jepsen aus dem Bundesstaat für Dee war das offenbar als Belohnung edacht, daß ihr Gatte nicht mehr gegen ne der Administration opponiert, das S-Frühwarnsystem an Saudi-Arabien laufen.

Tower, Ehefrau eines republikanischen aus dem Bundesstaat Texas, leitet die desagentur der Museen. Elise du Pont, des Gouverneurs des Bundesstaates re, ist Assistentin des Administrators internationalen Entwicklungsagentur, ei Filiale des State Department. Diese schreibt das Blatt, ließe sich fortsetzen. Dienste werden also gebührend et.

B. OSSIPOW



OMA LOUISE UND ANDERE

"Madame! Nehmen Sie den Finger vom Hahn, das Gewehr kann ja schießen, und Sie werden ein Loch nicht dort, wo nötig, machen. Wenn Sie zielen, machen Sie nur ein Auge, nicht aber beide Augen zu." Derartige Ratschläge erteilt der Ausbilder der 63-jährigen Louise Sample, die kühn eine Doppelflinte angelegt hat (s. Foto). In den viertägigen Schießkursen werden 20 New Yorker — Menschen wie Oma Louise — ausgebildet. "Kaum zu glauben", sagt Ray Rabener, Kursleiter und Mitglied der New Yorker Polizei, "daß wir heute Zivilisten solche Sachen beibringen müssen." Besucht ja keiner von Rabeners Klienten die Kurse einfach aus sportlichem Interesse.

Hunderttausende Amerikaner, aufgeschreckt von der ständig wachsenden Kriminalität und nicht selten selbst Opfer von Gangstern, greifen zur Waffe. Im Privatbesitz der Amerikaner sind 100 bis 150 Mio Gewehre sowie ca. 50 Mio Pistolen und Revolver. Selbst Schüler der Unterklassen haben Waffen. 1980 töteten amerikanische Kinder im Alter von 10 Jahren und jünger aus ihren Ballermannern ebenso viele Menschen wie in Großbritannien im gleichen Jahr ermordet wurden.

Der Selbstverteidigungsboom hat besonders die amerikanischen Frauen gepackt. Ein Unternehmer aus Houston, der Schießkurse eröffnete, verdiente in den ersten Monaten 22 000 Dollar durch eingeschüchterte Amerikanerinnen. Besonders viele Kursteilnehmer sind alte Menschen — wie Oma Louise. Werden ja gerade Senioren besonders häufig überfallen.

... Oma Louise drückt den Kolben fester an sich, zielt auf einen Pappbanditen und drückt auf den Abzug. "Ausgezeichnet!" freut sich der Ausbilder. "Der bricht morgen nirgends ein."

A. ALIOSCHIN

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

ABSURDES THEATER

Ort: thailändisch-kam-pucheanische Grenze.

Zeit: Mai 1983.

Handelnde Personen: Herrscher, seine Suite, über-seelische Botschafter.

titik" einzuhämmern. Japan übernimmt also die führende Rolle auf dem ostasiatisch-pazifischen Kriegsschauplatz, wie man sich im Pentagon ausdrückt. Die Regierung macht das Land faktisch zu einem "assoziierten NATO-Mitglied", meint die Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin. Die Verbindungen zur NATO nimmt ein Parlamentarierrat für "Fragen der Gewährleistung der Sicherheit Japans, der USA und der westeuropäischen Länder" wahr. Vertreter des Nationalen Verteidigungsamtes halten regelmäßig Konsultationen mit dem Brüsseler NATO-Hauptquartier ab.

Doch das ist wohl noch nicht alles. Möchte Tokio ja zu gern, daß jenseits des Pazifiks seine Anstrengungen endlich gebührend gewürdigt werden.

M. LEONIDOW

Eine simple Intrige. Die am Hof des Herrschers eingetroffenen Botschafter einiger Länder überreichen diesem ihre Be-glaubigungsschreiben. Die Inszenierung läßt einen avantgardistischen Regisseur erkennen. Einerseits fragen alle handelnden Personen strenggeschnittene graue Anzüge. Andererseits sind die Repliken, Dialoge und die Inszenierung genau entsprechend dem Hofzeremoniell ferner Epochen gehalten. Doch nicht nur dieser absichtliche Gegensatz, nicht nur der Bier- ernst der Schauspieler deuten auf eine Farce. Das Komische ist, daß alle Teilnehmer dieser Show die Realien des Lebens vergessen zu haben scheinen.

Besonders bemühte sich der Hauptheld, Ex-Prinz Norodom Sihanouk: Gerade er agierte in der Rolle des Herrschers, genauer des "Präsidenten des demokratischen Kampuchea". Und da müßte noch gesagt

werden, daß es schon einige Jahre ein "demokratisches Kampuchea" nicht mehr gibt, seit das kampucheanische Volk die Pol-Pot-Banden und ihresgleichen vertrieben hat. Doch Usurpatoren, die sich als "Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea" bezeichnen, die gibt es. Sie beherrschten keinen Fußbreit kampucheanischen Bodens, dafür haben sie eine reiche Einbildungskraft. Sie leiden an Nostalgie nach der verlorenen Macht. Um diese wiederzuerobern, sind sie bereit, die Kampucheaner zu neuen Leidenden zu verdammen.

Wenn Ausführende und Drahtzieher des Dschungelspektakels nicht so finstere Absichten hätten, könnte man das Ganze einfach als Schmierenkomödie bezeichnen, könnte man es durch das exzentrische, affige Ge-habe des Ex-Prinzen erklären. Doch das ganze Theater ist keineswegs harmlos.

W. GRISCHIN

SOZIALEMOKRATIE UND BEFREIUNGSBEWEGUNGEN: PROBLEME, WIDERSPRÜCHE

Wladimir SCHWEIZER

In Montechoro (Portugal) wurden auf dem turnusmäßigen 16. Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) unter anderen Fragen, die die Sozialdemokratie bewegen, auch solche erörtert, an deren Lösung die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas überaus interessiert sind. Davon zeugen sowohl die Schlußresolution des Kongresses als auch die Sonderresolutionen zum Nahen Osten, zur Lage in Mittelamerika und in der Karibik. In der Diskussion auf dem Kongreß ging es um die Lage im südlichen Afrika, den Fragenkomplex der "neuen Weltwirtschaftsordnung" u.a.

Bezeichnenderweise waren unter den Gästen des Kongresses nicht wenige Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen, die erst in den letzten Jahren zu internationalen Treffen der Sozialdemokratie eingeladen werden. Als SI-Mitglieder wurden auf dem 16. Kongreß Parteien aus Puerto Rico, Guayana und St. Lucia aufgenommen. Nehmen wir dazu noch die auf dem 14. und dem 15. Kongreß in die SI aufgenommenen Parteien aus jungen Nationalstaaten. Das sind die gegen die Diktaturen in Guatemala und El Salvador kämpfenden Parteien, die Neue JEWEL-Bewegung aus Grenada sowie die Sozialistische Fortschrittspartei Libanons, die eine wichtige Rolle in der Front der nationalpatriotischen Kräfte des Landes spielt.

Einige neue Momente tauchten auch in Dokumenten auf, die die SI und die westeuropäische Sozialdemokratie in den 70er und Anfang der 80er Jahre annahmen. In ihnen war viel von der Solidarität des sozialreformistischen Teils der Arbeiterbewegung mit den Völkern die Rede, die gegen rassistische Regimes und Militärdiktaturen kämpfen. Die Sozialdemokraten, die ihre Zustimmung zu den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Revision der eindeutig neokolonialistischen Wirtschaftsbeziehungen des Westens zu ihnen bekunden, unterstützen die Hauptthesen des ersten Berichts (1980) der Brandt-Kommission. Willy Brandt ist ja bekanntlich seit Mitte der 70er Jahre SI-Präsident.

Nahost-Zickzack

Vor dem Nahostkrieg von 1973 nahm die überwiegende Mehrheit der SI-Führer im Grunde proisraelische Positionen ein, wobei sie sich auf den zionistischen Kurs der Arbeiterpartei, eines SI-Mitgliedes, orientierte. Doch als die Drohung eines Erdölembargos seitens der arabischen Länder real wurde, begannen in der westeuropäischen Sozialdemokratie — in den einen Ländern stärker, in den anderen

schwächer — Aufrufe, den Interessen der arabischen Nachbarn Israels mehr Aufmerksamkeit zu schenken, laut zu werden. Eine gewisse Umorientierung vollzog sich auch in der Haltung der SI. Sie mußte die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina sowie das Recht der arabischen Länder auf die Rückgabe der ihnen von den zionistischen Aggressoren entrischen Gebiete im großen und ganzen anerkennen. Allmählich ging die SI von den einseitigen Kontaktten zur

Arbeiterpartei Israels ab. Zur Sondierung der Lage entsandte die SI seit Beginn der 70er Jahre wiederholt Sondermissionen in die arabischen Länder.

Die brutale Invasion Israels im Juni 1982 in den souveränen Libanon, die große Empörung der Weltöffentlichkeit über den Völkermord der Zionisten an den Palästinensern und die Ignorierung der Völkerrechtsnormen und UNO-Beschlüsse durch die Begin-Regierung — all das löste eine negative Reaktion bei vielen SI-Mitgliedern aus. Willy Brandt verurteilte in einer Sonderklärung die Libanon-Intervention. Einige SI-Führer zogen wohl erstmals seit Beginn des Konflikts eine Parallele zwischen den Verbrechen der israelischen Falken und den Nazi-Untaten. So verglich Francois Mitterrand die systematische Zerstörung Westbeiruts mit den Verbrechen der Nazis im französischen Oradour, die die Stadt dem Erdboden gleichmachten. Eine Analogie zwischen den Methoden der Zionisten und der Faschisten sah auch Bruno Kreisky.

Eine Folge der zionistischen Aggression in Libanon war eine Neubewertung des Verhältnisses zur Arbeiterpartei Israels durch einen Teil der westeuropäischen Sozialdemokratie. Die Weigerung der Arbeiterpartei, die Libanon-Invasion zu verurteilen, löste Gärung in der SI aus. Einige SI-Mitgliedsparteien sprachen sich für den SI-Ausschuß der israelischen Sozialdemokraten aus. Doch einflußreiche Politiker dieser Organisation wollten keinen so "radikalen" Schritt und zogen einen Tadel ihrer Kollegen aus Israel vor.

In der neuen Lage strebt die SI wie auch nach dem Krieg von 1973 nach

Wegen für eine friedliche Nahostregung. In dieser Absicht hatte man bereits im Sommer 1982 beim SI-Büro eine besondere "Arbeitsgruppe für den Nahen Osten" unter Leitung des Führers der portugiesischen Sozialisten, Mario Soares, gebildet.

Heute herrscht bei den Sozialdemokraten keine völlige Einmütigkeit über den Schlüsselaspekt des Nahostkonflikts, die Palästinenserfrage. So sind alle führenden SI-Politiker grundsätzlich für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Konkretisiert aber wird dieses Problem auf verschiedene Weise. Vom Recht der Palästinenser auf ein souveränes Staatswesen sprechen in letzter Zeit die Sozialisten Spaniens und Österreichs, die britische Labour Party. Zugleich äußern sich Spitzenpolitiker der SPD und die französischen Sozialisten, die in der SI führende Positionen einnehmen, in dieser Frage weniger bestimmt, indem sie den Palästinensern nur ein Recht auf Heimat zugestehen. Und auch in der Nahost-Resolution des 16. SI-Kongresses ist im gleichen Sinne vom Recht des palästinensischen Volkes "auf Selbstbestimmung und eine eigene Heimstatt" die Rede.

Auch der Streit um die PLO läßt in der SI nicht nach. Die Führer der Sozialdemokratie, die in besagter Resolution festhielten, daß viele SI-Mitgliedsparteien und -organisationen sie als legitimen Vertreter der Palästinenser anerkennen, verzichteten nichtsdestoweniger insgesamt darauf, die offenkundige Tatsache zu konstatieren, daß die PLO das Recht hat, im Namen des ganzen palästinensischen Volkes zu sprechen. Das gehörte der Resolution zufolge angeblich "nicht zu den Aufgaben der Sozialistischen Internationale". (Bezeichnenderweise wurde dem namhaften PLO-Politiker Issam Sartawi unter dem Druck des Führers der Arbeiterpartei Israels, Simon Peres, nicht erlaubt, einen Platz unter der PLO-Flagge einzunehmen und auf dem Kongreß aufzutreten. Sartawi wurde während des Kongresses in Montechoro von Terroristen ermordet.)

Die Resolution war auch an jenen Stellen inkonsistent, wo von Wegen einer Nahost-Lösung die Rede war. Wiederum verwies die SI, als sie von "direkten Verhandlungen" zwischen allen interessierten Seiten sprach, nicht konkret auf die PLO, und der Regierung Israels wurde nur "mangelnde politische Bereitschaft" zur Friedenssuche in der Region vorgeworfen. Und das zu einer Zeit, da Israel eine Politik des Völkermor-

des gegenüber den Palästinensern verfolgt und sich auf eine neue Aggression vorbereitet — diesmal bereits gegen Syrien.

Die Wurzeln derartiger Widersprüchlichkeit gehen auf den vergangenen Herbst zurück, als die SI-Führung die "Reagan-Initiative" unterstützte. Welche realistischen und konstruktiven Züge hat z. B. Mario Soares an ihr entdeckt? Verweigert ja der US-Präsident den Palästinensern kategorisch einen eigenen Staat. Im "Reagan-Plan" wird die PLO — die breite internationale Anerkennung als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes genießt — nicht einmal erwähnt. Unverständlicherweise meint die SI-Führung, die Ideen des US-Präsidenten und die Vorschläge des arabischen Gipfels von Fes "synthesisieren" zu können. Verwies dieser doch konkret auf die Notwendigkeit sowohl der Bildung eines Palästinenserstaates als auch auf die Heranziehung der PLO zu den Verhandlungen.

Erstaunlich ist auch der Umstand, daß die Sozialdemokratie, die ihre Unterstützung für den "Reagan-Plan" bekundete, die sowjetischen Nahost-Vorschläge, deren konstruktiver Charakter unbestreitbar ist, im Grunde verschwieg. Das erklärt sich offenbar durch die zwiespältige Position der Sozialdemokratie, die eine "westliche" Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes suchen und die Teilnahme der UdSSR an einer Nahost-Friedensregelung einengen möchte. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Mario Soares bei dem Israel-Aufenthalt der von ihm geleiteten SI-Arbeitsgruppe Anfang Februar d.J.: Soares kritisierte die Unnachgiebigkeit Begins und warnte jenen, eine derartige Haltung könne dazu führen, daß "die Sowjetunion als wichtiger politischer Faktor in der Region auf der Bühne erscheint".

Das Problem des südlichen Afrika

Die Sozialdemokratie, die das durch die frühere Komplizenschaft bei der kolonialen Ausbeutung Afrikas untergrabene Vertrauen der Völker des "schwarzen Kontinents" wiederzugewinnen trachtet, verurteilte in den letzten Jahren scharf das RSA-Rassistenregime. So verwies SI-Vizepräsident Olof Palme in einer Rede auf der Pariser Konferenz der westeuropäischen Sozialdemokratie (1981) besonders auf die RSA als Bedrohung des Friedens in Afrika. Er

betonte die Notwendigkeit, Namibia schnellstmöglich die Unabhängigkeit zu gewähren, und verurteilte die Aggressionsakte der Rassisten gegen die Frontstaaten. Eine negative Reaktion in sozialdemokratischen Kreisen fanden auch die wiederholten Invasionen der RSA-Militaristen nach Angola.

Im Herbst 1981 waren Vertreter solcher nationaler Befreiungsbewegungen wie des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) auf der Pariser SI-Bürotagung als Gäste zugegen. Es wurde sogar beschlossen, eine Sonderkonferenz zu Fragen des südlichen Afrika einzuberufen. Diese Konferenz sollte, wie der namhafte SI-Politiker, der Schweizer Jean Ziegler, sagte, "dem Aufbau einer dauerhaften, machtvollen und geschlossenen antikolonialistischen Front dienen, die der RSA Widerstand leisten und deren ständige Angriffe auf Angola, Mocambique, Simbabwe und Sambia abwehren würde". Zur Vorbereitung dieses Forums besuchten führende SI-Politiker im Herbst 1982 einige dieser Länder.

Die SI-Führung muß sich bewußt sein, daß die umfassende Wirtschafts- und Militärhilfe des Westens die materielle Basis der Aggressoren darstellt. Daher auch die Aufrufe der Sozialdemokratien, auf die Regierungen ihrer Länder einzuwirken, um die Wirtschaftsbeziehungen des Westens mit der RSA zu schwächen oder einzufrieren.

Davon ist insbesondere in der Schlußresolution des Kongresses von Montechoro die Rede. Die SI, die zu Recht im südlichen Afrika eine wachsende Bedrohung für den Frieden erblickt und sich für die politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen ausspricht, erhebt eine Reihe wichtiger Forderungen. Insbesondere werden die SI-Mitglieder aufgefordert, von den Regierungen ihrer Länder zu verlangen, "die Kapitalinvestitionen in die RSA-Wirtschaft zu stoppen" und "die UNO-Sanktionen gegen die RSA zu erfüllen". Als besonders wichtig erscheint der Hinweis der Resolution auf die Notwendigkeit, alle Umwege zu versperren, über die die RSA vom Westen Waffen zum Kampf gegen die Befreiungskräfte erhält.

Seit den 70er Jahren leisteten die sozialdemokratischen Regierungen einiger Länder, vor allem Skandinaviens, den an die RSA angrenzenden Staaten und den nationalen Befreiungsbewegungen der Region,

insbesondere der SWAPO, eine gewisse finanzielle und humanitäre Hilfe. Anders steht es um die Erfüllung von Beschlüssen der UNO und der SI selbst über Sanktionen gegen die Rassisten durch die in einigen Ländern Westeuropas regierenden Sozialdemokraten. Während sich z. B. die in Spanien regierende PSOE der Madrider Presse zufolge Anfang d. J. weigerte, ein Abkommen über rüstungstechnische Zusammenarbeit mit der RSA zu schließen, verfahren ihre französischen SI-Kollegen ganz anders.

Nach dem Machtantritt der von den Sozialisten geführten Regierung nahm das Handelsvolumen Frankreich-RSA zu. Frankreich trägt weiterhin zum Aufbau des Nuklearpotentials des Rassistenregimes bei. Nicht von ungefähr ruft all das Besorgnis bei den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika hervor. So appellierte SWAPO-Präsident Sam Nujoma Anfang April an die Regierung Mitterrand, jegliche Zusammenarbeit mit Pretorias Rassisten einzustellen.

Einer der Gründe für die so inkonsequente Haltung eines gewissen Teils der Sozialdemokratie gegenüber der Befreiungsbewegung im südlichen Afrika sind die für den Sozialreformismus unerschütterlichen Prinzipien der Partnerschaft mit den Monopolen der eigenen Länder. Da die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der RSA im Interesse des Großkapitals liegt, werden nicht die edlen Absichten der SI, sondern wird gerade dieser Faktor zur praktischen Richtlinie.

Und angesichts der offenkundigen Doppelzüngigkeit der Sozialdemokratie haben es die progressiven Bewegungen des südlichen Afrika natürlich nicht eilig, den Dialog mit der SI weiterzuführen. Entgegen den SI-Plänen gelang es nicht, im Winter 1982/83 die in Arusha (Tansania) geplante gemeinsame Konferenz der Sozialdemokraten und der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika einzuberufen. Die Sozialdemokratie vermugt es nicht, einen weiten Kreis von Parteien afrikanischer Staaten in ihre Reihen zu führen. Einige von ihnen meinen zu Recht, eine Lösung der akuten sozialen und politischen Probleme Afrikas könne nur in einer revolutionären Demokratie erfolgen. Andere hingegen orientieren sich auf kapitalistische Entwicklungsmethoden, wobei sie jedoch nicht die SI, sondern die im Grunde konkurrierende Organisation zu bezeichnende "Afrikanische Sozialistische Internationale"

vorziehen, die ihre bürgerlich-nationalistischen Positionen mit Lösungen eines "demokratischen Sozialismus" tarnt.

Das Verhältnis zu den Patrioten Mittelamerikas

Der Sturz der demokratischen Regierung Allende (1973, Chile) durch militärfaschistische Kräfte und die sich in den nachfolgenden Jahren entfaltende Solidaritätsbewegung mit den Patrioten dieses Landes mußten natürlich die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie auf die Vorgänge in Lateinamerika lenken. Viele Dokumente, die auf von der SI in Lateinamerika organisierten Treffen angenommen wurden, tragen den Stempel des Realismus und des Mitgefühls mit dem Kampf der Völker, die von der einheimischen Oligarchie und dem US-Imperialismus unterdrückt werden. So verurteilte die Konferenz der SI-Führung im März 1981 auf Aruba die Menschenrechtsverletzungen in einer Reihe lateinamerikanischer Länder und bekundete Solidarität mit dem Kampf der salvadorianischen Patrioten und mit dem Streben des Volkes von Puerto Rico, das Kolonialjoch abzuschütteln. Die Konferenzteilnehmer erklärten ihre Un-

terstützung für die Sandinistische Nationale Befreiungsfront Nikaraguas.

In der Lateinamerika- und Karibikresolution des 16. SI-Kongresses wurden antiimperialistische Akzente gesetzt, wurde auf die besondere Verantwortung der USA für die Destabilisierung der Lage in der Region verwiesen, da die "Politik der Reagan-Regierung im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich die auch ohnehin schwierige und gefährliche Lage ernstlich verschlechtert..." Die SI verurteilte entschieden "alle Versuche offizieller amerikanischer Organe, Nikaragua zu destabilisieren", und wandte sich gegen Absichten der USA, die legitime Regierung Grenadas zu stürzen. In der Resolution wurde die überaus kritische Haltung der SI zu den Militärdiktaturen in diversen Ländern Lateinamerikas zum Ausdruck gebracht.

Insbesondere verurteilt die SI "entschieden die Diktaturen Duvaliers auf Haiti und Stroessners in Paraguay, die Militärregierung Guatema las und verspricht, die politischen Maßnahmen zur Verteidigung der demokratischen Kräfte in diesen Ländern zu aktivieren und die Solidarität mit ihnen zu festigen, um diese

BELGIEN

NEIN ZU DEN EURO-RAKETEN

"Ich möchte, daß die ganze Welt im Frieden lebt und wir im goldenen und nicht im eisernen Zeitalter." Diese Worte stammen von Rubens. Jetzt setzen sich immer mehr seiner Landsleute für den Frieden ein, weil sie verstehen, daß ein Krieg heute den Lauf der Geschichte unterbrechen würde. Und nach dem atomaren würde nicht das goldene Zeitalter, von dem Rubens träumte, anbrechen, sondern bestenfalls die Steinzeit.

Bereits ca. 250 Städte und Ortschaften Belgiens haben sich zu kernwaffenfreien Zonen erklärt. Darunter so bedeutende wie Namur, Gent und Antwerpen. Selbst Evere, jene Gemeinde Brüssels, wo sich das NATO-Hauptquartier befindet, wurde kernwaffenfrei.

Die Forderungen der Friedenskräfte des Landes sind sehr umfassend — von der Kürzung der

Rüstungsausgaben bis zur Entfernung der Nukleararsenale aus Europa. Doch die heutige Hauptaufgabe sehen die Belgier darin, die NATO-Pläne für eine Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa zu vereiteln.

Meinungsumfragen zeigen, daß zwei Drittel der Belgier gegen die Stationierung von 48 Cruise Missiles auf ihrem Boden sind. Die Antiraketenstimmung hat bereits die Regierungspolitik beeinflußt. Trotz des massiven Drucks der NATO-Seniorpartner hat Brüssel noch nicht seine endgültige Zustimmung zur Stationierung der US-Raketen in Belgien gegeben. Zugleich bekundete die Führung des Landes wiederholt ihre Unterstützung für die NATO-Pläne. Ende März bezeichneten ihre Vertreter den Luftwaffenstützpunkt bei Florennes öffentlich als den wahrscheinlichsten Stationierungsort der Cruise Missiles.

Regimes zu stürzen". In der Resolution wurde Unterstützung für den Kampf der revolutionären Kräfte in El Salvador bekundet.

Bezeichnend ist das Eingeständnis einiger Politiker der Sozialdemokratie, zudem nicht nur linker, daß der bewaffnete Kampf der Patrioten gerecht ist. Konstatieren wir auch das Versprechen der SI-Führung, die Regierungen jener Länder zu unterstützen, die Opfer der amerikanischen Aggression werden können. Die Bereitschaft, Nikaragua moderne Waffen zu verkaufen, erklärt die Regierung Frankreichs. Doch von welchen Motiven läßt sich die sozialistische Führung Frankreichs leiten? Sie erklärt ohne Umschweife, so eine Ausweitung der Kontakte der jungen Nationalstaaten mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft verhindern zu wollen.

Deutlich ist auch der Versuch eines Teils der Sozialdemokratie, eine gemeinsame Sprache mit den Fortschrittskräften Mittelamerikas zu finden, um später zu versuchen, diese Kräfte im Sinne des Sozialreformismus umzuformen. Auch in der Resolution des 16. Kongresses bekundeten die Führer der Sozialdemokratie ihren Wunsch, in Nikaragua ein System des politischen "Pluralismus" und der "Mischwirtschaft" zu

sehen, d. h. Bestandteile ihrer Konzeption des "demokratischen Sozialismus".

• • •

Die Haltung der Führer der Sozialdemokratie gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, im Nahen Osten und in Mittelamerika widerspiegelt natürlich die Anteilnahme der demokratischen und Arbeiterbewegung des Westens am Kampf der Völker der Entwicklungsländer. Zugleich nimmt unter den Motiven der Sozialdemokraten der Drang nicht den letzten Platz ein, in diesen ausgedehnten Regionen dem Einfluß der Ideen des Marxismus-Leninismus zu wehren.

Die SI-Führer suchen auch eine wichtige strategische Aufgabe zu lösen — eine gemeinsame Sprache mit jenen zu finden, die morgen über die für den Westen lebensnotwendigen Rohstoffressourcen verfügen können. Die Sozialdemokraten haben offenbar auch ein spezifisches Ziel: die SI in ein internationales Forum zu verwandeln, das einen sozialreformistischen Kurs verfolgt — und das trotz der breiten ideologischen Palette ihrer Mitglieder.

Theorie und Praxis der Sozialdemokratie, im gegebenen Fall gegenüber den Befreiungsbewegungen,

bringen ihre Doppelnatür zum Ausdruck. Einerseits müssen die führenden Politiker des reformistischen Teils der Arbeiterklasse die Realitäten der sich schnell wandelnden Lage außerhalb Europas und die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung des Westens für die Völker der dritten Welt in deren Kampf für ihre Rechte und Interessen berücksichtigen. Zugleich demonstriert die Sozialdemokratie, die im Rahmen des kapitalistischen Systems handelt, Inkonsistenz in konkreten Fragen, und in manchen Fällen unterstützt sie indirekt die Rechtskreise der Welt des Kapitals. Was hingegen die sozialreformistische Ideologie angeht, so ist sie außerstande, eine positive Antwort auf die grundlegenden Hoffnungen und Nöte der Völker der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu geben.

Die ideologischen Differenzen sind kein Hindernis für den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die jüngste Bestätigung dafür ist die Botschaft des ZK der KPdSU an den 16. SI-Kongreß. Die gefährliche Lage in den verschiedenen Regionen der Erde könne nur mit den gemeinsamen Anstrengungen aller, denen die Interessen des Weltfriedens teuer sind, entspannt werden.

Florennes steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Friedenskräfte — seit vergangenem Frühjahr, als der Führer der flämischen Sozialisten, Karel Van Miert, vertrauliche Informationen über Regierungspläne für eine dortige Stationierung von Cruise Missiles an die Öffentlichkeit brachte. In der Stadt wurde ein Aktionskomitee für die Rettung der Region gebildet. Es setzte im Sommer v. J. in Florennes ein Referendum durch, bei dem sich 76 % der Einwohner gegen die US-Waffen aussprachen. Die Stadt und ihr Umland wurden zur kernwaffenfreien Zone erklärt. "Wir brauchen nicht Raketen, sondern Arbeitsplätze", erklärte ein Leiter des Komitees von Florennes, Marc Solbreux, mir gegenüber. "Ist ja heute jeder fünfte Einwohner unserer Stadt arbeitslos."

Die Anhänger der NATO- "Nachrüstung" sind auch nicht untätig. Sie beschlossen, damit Stimmung zu machen, daß im Raum Florennes die Arbeitslosigkeit bedeutend höher ist als im Landesdurchschnitt. Die Zeitungen kommentierten lebhaft die Rede des Staatssekretärs für Energiefragen, Etienne Knoops, der

erklärte: Die Einwohner von Florennes sollten sich nicht gegen die Cruise Missiles sträuben, die Verwirklichung dieses Planes wäre wirtschaftlich von Nutzen. Zur Stationierung der neuen Waffen, betonte Knoops, werde eine Infrastruktur gebraucht, und folglich werde Bedarf an Bauarbeitern entstehen. Zusammen mit den Raketen werde US-Personal mit Familien eintreffen. Sie bräuchten Wohnungen, müßten ernährt und amüsiert werden... All das werde die Stadt umgestalten und die Einnahmen der Bevölkerung anheben. Doch diese Argumente fanden kein Echo. Warum?

Meine Gesprächspartner aus Florennes betonten, erstens wollten sie für kein Geld die Nuklearraketen bei sich stationiert sehen. Das sei eine zu gefährliche Nachbarschaft. Zweitens glaubten sie nicht an den wirtschaftlichen Vorteil der Raketenstationierung und verwiesen darauf die seinerzeitige Errichtung des NATO-Hauptquartiers.

Als vor anderthalb Jahrzehnten unweit des benachbarten Mons der Bau dieses NATO-Objektes begann, versprach man den Einwohnern gleichfalls das große Geld. Doch die

Versprechen blieben unerfüllt. Berechnungen zufolge kostete das Hauptquartier die belgische Staatskasse ca. 3,5 Md. Franc. Und der "Nutzen"? An die 400 Arbeitsplätze, zudem schlecht bezahlte, da von den dortigen Einwohnern nur das Bedienungspersonal — Reinigungsfrauen, Telefonistinnen und Kellner eingestellt wurden. Wenn diese Summe in die zivilen Wirtschaftszweige geflossen wäre, hätten wohl zehnmal so viel Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Am 23. April fand in Florennes eine gesamtnationale Protestmanifestation statt. Aus anderen Ortschaften waren doppelt so viele Teilnehmer gekommen wie die 5000 Einwohner der Kleinstadt. "Nein zu den Raketen!" erlöst Sprechchöre. "Florennes will nicht Hiroshima werden", und "Nein zur Konfrontation, ja zur Zusammenarbeit!" lauteten die Lösungen. Unter den Demonstranten waren hiesige Bauern und Parlamentarier aus Brüssel, Arbeiter und Studenten, Katholiken, Sozialisten und Kommunisten.

W. BOJKOW

Brüssel

UMWELTSCHUTZ —

ALLER ANLIEGEN

Michail KOKIN

Jede Stunde hört auf der Erde eine Pflanzen- bzw. Tierart auf zu existieren. Noch in diesem Jahrhundert wird jede dritte, nach einigen Angaben sogar jede zweite Art der höheren Organismen auf der Erde ausgerottet sein.

Jährlich werden in den Tropen Wälder auf einer Fläche, so groß wie die der Bundesrepublik Deutschland, abgeholzt. Wie manche Wissenschaftler behaupten, werden Mitte des nächsten Jahrhunderts alle Dschungel der Erde in Wüsten verwandelt sein.

Die Menge des Sauerstoffs in der Atmosphäre vermindert sich um 10. Md. t im Jahr. Der steigende Verbrauch der fossilen Brennstoffe erhöht den Gehalt an Kohlendioxid in der Atmosphäre, was in absehbarer Zukunft zu globalen Klimaveränderungen führen kann.

Das sind nur einige wenige der nahenden ökologischen Gefahren. Aber sie wirken erschütternd, wenn man daran denkt, was die Menschheit in kaum 100 Jahren erwartet.

Akademiemitglied Wladimir Wernadski sagte: "Vor unseren Augen entwickelt sich die Menschheit zu einer mächtigen geologischen Kraft." Veränderungen, die auf der Erde ganze geologische Epochen dauerten, nehmen in unserer Zeit als Ergebnis der Tätigkeit des Menschen nur ein paar Jahrzehnte in Anspruch.

Solange es nicht zu spät ist

Länder, in denen die Industrialisierung rasch vorstatten ging, bekamen deren ökologische Folgen bald zu spüren. In den Industriestaaten werden über 150 Mio t Schwefel- und 50 Mio t Stickstoffoxide jährlich in die Atmosphäre ausgeworfen. Unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen gehen sie eine Reaktion mit Wasserdämpfen ein und bilden die Stickstoff- und die Schwefelsäurelösung. Im Nordosten der USA, in Kanada und nordeuropäischen Ländern wurde festgestellt, daß säurehaltige Regenfälle in Seen, Flüssen und Teichen alles Leben — von den Fischen bis hin zu den

Mikroorganismen und Pflanzen — töten. Sie waschen aus dem Boden mineralische Stoffe, darunter Nährstoffe für die Wälder, aus. Die durch solche Regenfälle verursachte Korrosion der Stahlkonstruktionen von Häusern und Wasserleitungen geht in die Millionen Dollars.

Über vielen Großstädten breitet sich als Ergebnis der hohen Autozahl fotochemischer Smog aus. So sind Tausende Einwohner von Tokio unheilbar krank; die Diagnose lautet: "Vergiftung durch Stadtluft". Besorgniserregend ist auch die Verschmutzung der Meere durch Abwasser, Abfälle von Kernkraftwerken und durch Erdölprodukte.

In vielen Ländern werden rigorose Umweltschutzgesetze verabschiedet, neue Institutionen und Forschungsstätten gegründet und die Budgetposten für diese Zwecke erhöht. Noch ist es nicht zu spät, die Umweltkatastrophe zu verhindern, sagen die Wissenschaftler und rufen zu breit angelegten Programmen für den Schutz der Biosphäre auf. Der Umweltschutz ist heute ein staatswichtiges Problem, in mehreren Fällen geht er über nationale Grenzen hinaus.

Erforschen und vorhersehen

In der UdSSR wurden 1980 neue Gesetze über den Schutz der atmosphärischen Luft und über die Erhaltung und Nutzung der Tierwelt verabschiedet. In unserem Lande bestehen 136 staatliche Natur- und Tierschutzgebiete, 7 Nationalparks und 4000 geschützte Naturdenkmäler (Höhlen, Wasserfälle, Geysire). Im Jahre 1981 entstand die Kommission des Präsidiums des Ministerrates der UdSSR für Umweltschutz und rationelle Nutzung der Naturreichtümer. Im Rahmen des 11. Fünfjahrplans werden 7 gesamtstaatliche wissenschaftlich-technische Naturschutzprogramme realisiert. Für den Umweltschutz sind rd. 30 Md. Rubel bereitgestellt worden.

Das wirkt sich schon heute aus. In den zwei ersten Jahren des laufenden Planjahrfünfts ging der Abwasserablaß in die oberirdischen Wasser-

becken fast um 2 Kubikkilometer und der Auswurf schädlicher Beimischungen in die Atmosphäre um 1 Mio t zurück.

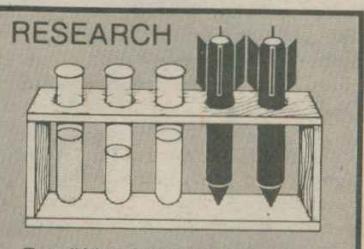
Die weltweiten Erfahrungen zeigen, daß die Nutzung der Naturreichtümer vornehmlich extensiv ist. Die Verluste an Bodenschätzen bei ihrer Gewinnung, Aufbereitung und Nutzung erreichen in den meisten Industriestaaten ein Drittel und mehr des in der Produktion verwendeten Umfangs. Könnten umweltfreundliche abfallfreie oder wenigstens abfallarme Technologien entwickelt werden, so würde man die schnelle Erschöpfung der Naturreichtümer und die gefährliche Umweltverschmutzung vorbeugen.

Im 11. Fünfjahrplan ist vorgesehen, den Wasserbedarf der Industrie in der Hauptsache aus abflußfreien Systemen zu decken. Umlaufendes und wiederverwendbares Wasser wird in der Produktion 71,5 % des Gesamtaufwands ausmachen. Das Staatliche Plankomitee der UdSSR bestätigte das Zielprogramm "Gewährleistung der komplexen Erschließung der wichtigsten Mineralvorräte", worin Maßnahmen zur rationelleren Förderung und Nutzung von Bodenschätzen vorgesehen sind.

Die UdSSR hat ferner ein gesamtstaatliches wissenschaftlich-technisches Programm zur Entwicklung neuer Technologien, die die maximale Wiederverwendung und Entgiftung von Industrie- und Brauchabfällen gewährleisten. Dank diesem Programm wird es möglich sein, um 1985 den Anteil der Nutzung der Schlacken der NE-Metallurgie auf 21 % ihrer Gesamtmenge, den von Phosphogips auf 20 %, den von Aschenschlacken in Wärmekraftwerken auf 95 % zu erhöhen. Der Nutzeffekt dieses Programms wird 250 Mio Rubel betragen.

Sowjetische Fachkräfte haben bei der Erforschung der Umwelt in ihrer Dynamik (Monitoring) nicht wenig

40 % aller Entwicklungs- und Forschungsarbeiten dienen militärischen Zwecken



Two fifths of the world's scientific research and development is now devoted to military purposes



Erfahrungen gesammelt. Erfolgreich funktioniert der gesamtstaatliche Dienst zur Beobachtung und Kontrolle des Pegels der Umweltverschmutzung. Er umfaßt über 450 Städte, rd. 1900 Flüsse und Binnenseen, alle Binnen- und umspülenden Meere sowie die Böden und Wälder jener Gebiete, in denen chemische Schutzmittel angewandt werden. Der Dienst verfügt über automatische Kontrollsysteme, fahrbare Labors für die Qualitätskontrolle der atmosphärischen Luft und der oberirdischen Gewässer sowie andere wissenschaftlich-technische Mittel zur Erforschung der Biosphäre.

Die Wirksamkeit des Umweltschutzes hängt vor allem von den nationalen Anstrengungen, von der sozialen Aktivität der Bevölkerung, vom politischen Willen jedes Staates ab. Doch läßt sich dieses Problem durch einen einzigen Staat allein, wie groß er auch sein mag, nicht lösen. Der Umweltschutz erfordert gemeinsame Bemühungen der gesamten Menschheit.

In den letzten Jahren trat die UdSSR mit mehreren Vorschlägen hervor, die eine umfassende internationale Zusammenarbeit beim Umweltschutz zu bezeichnen.

Komplexes Monitoring

Nach Ansicht sowjetischer Wissenschaftler bestehen heute hinreichende wissenschaftlich-methodologische Voraussetzungen dafür, ein weltweites System des komplexen Monitorings der Umwelt und der ökologischen Folgen ihrer Ver-

Eine Landschaft, wie sie für viele Industriestädte des Westens typisch ist

schmutzung zu schaffen. Mehr noch, die Realisierung eines solchen Programms ist notwendig, weil es ohne allumfassende Informationen schwierig ist, wirksam die Umwelt zu schützen.

Vor kurzem schlug die UdSSR in der UNEP(UNO-Umweltpolitik) vor, als erste Etappe etwa 50 Stationen für komplexes ökologisches Monitoring anzulegen. Diesem System wären auch die beim Weltwetterdienst schon bestehenden Stationen der Kontrolle über die Luftverunreinigung anzuschließen, wobei ihre Beobachtungs- und Forschungsprogramme erweitert werden sollten. Eingebunden werden könnten ferner einige Stationen in den biosphärischen Schutzgebieten, die seit 1970 im Rahmen des UNESCO-Programms "Mensch und Biosphäre" entstehen. Die UdSSR hat schon vorgeschlagen, den 1. Internationalen Kongreß über biosphärische Schutzgebiete bei sich aufzunehmen.

Mit Billigung von UNESCO und UNEP wird der Kongreß im Oktober 1983 in Minsk stattfinden. Dort werden Experten aus verschiedenen Ländern ein Fazit aus der 10jährigen Entwicklung der biosphärischen Schutzgebiete ziehen, ihre Erfahrungen austauschen und Empfehlungen für den weiteren Ausbau der unter Schutz stehenden Areale in der Welt ausarbeiten.

Ein wichtiger Bestandteil des künftigen Systems von Stationen

könnte ein europäisches Monitoring-Untersystem werden. Dieses soll laut der Konvention über Probleme der Übertragung von Luftverschmutzungen über die Grenzen hin geschaffen werden. Das Dokument wurde 1979 auf der Gesamteuropäischen Konferenz über den Umweltschutz angenommen und trat im März 1983 in Kraft. Gemäß der Konvention besteht in Moskau ein osteuropäisches und in Oslo ein westeuropäisches meteorologisches Zentrum. Beide Einrichtungen bearbeiten Daten, die aus den meisten europäischen Ländern einlaufen.

Ein Bestandteil des ökologischen Monitorings sollte auch ein System der Kontrolle über Veränderungen auf Seen und Ozeanen werden. Das ist notwendig, um die Wechselwirkung zwischen Weltmeer und Atmosphäre zu verstehen und den Einfluß der Umweltverschmutzung auf die ökologischen Systeme des Weltmeeres zu erforschen.

Auf der Gesamteuropäischen Konferenz über den Umweltschutz war auch von abfallarmen und abfallfreien Technologien die Rede. Auf Initiative der UdSSR wurde dazu eine Deklaration angenommen. Darin ist vorgesehen, eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten, der USA und Kanadas bei der Entwicklung solcher Technologien in die Wege zu leiten. Um die Zusammenarbeit zu aktivieren, unterbreitete die UdSSR im Februar d. J. der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) den Vorschlag, ein internationales Seminar über abfallarme Technologien durchzuführen. Der Vorschlag fand die einmütige Zustimmung. Das Seminar soll 1984 in Moskau stattfinden.

Ein lebhaftes Interesse fand bei den ECE-Staaten auch der sowjetische Vorschlag, eine langfristige Strategie des Umweltschutzes der ECE-Länder (bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus) auszuarbeiten. Die UdSSR ging davon aus, daß viele Länder bei der Ausarbeitung von Langzeitplänen und -prognosen in der Nutzung schon über beträchtliche Erfahrungen verfügen. In der UdSSR z. B. bilden Fragen des Umweltschutzes einen Abschnitt der "Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981 bis 1985 und für den Zeitraum bis 1990". Sie wurden auch in das jetzt in Aufstellung begriffene Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bis zum Jahr 2005 aufgenommen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben ferner die "Grundrichtungen der Zusammenarbeit der RGW-Länder beim Umweltschutz und bei der Verbesserung

rung der Umwelt bis zum Jahr 2000" festgelegt.

Die Hauptgefahr bannen

Alle Anstrengungen von Wissenschaftlern, Öffentlichkeit und Regierungen, die Umwelt zu schützen, werden nichts fruchten, wenn es nicht gelingt, die Hauptgefahr für das Leben auf unserem Planeten — das Wettrüsten, vor allem das nukleare — zu bannen. Eine Kürzung der Mili-

Jahrbuchs des Stockholmer Internationalen Instituts für Friedensforschung kam es in den 30 Nachkriegsjahren zu mehr als 125 ernsten Katastrophen und Unfällen von Bombern und Raketen, bei denen eine Kernexplosion wahrscheinlich war. Die C-Waffen-Depots in den USA und auf dem Territorium ihrer westeuropäischen Verbündeten werden "ökologische Zeitzünder" genannt.

Besonders gefährlich sind die Versuche mit Massenvernichtungswaffen. Bevor der Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests in drei Medien abgeschlossen wurde, waren rund 200 Mio Kubikmeter radioaktiven Staubs in die Atmosphäre ausgeworfen und ausgedehnte Regionen in unbewohnbare Wüsten umgewandelt worden. Denken wir an das Atoll Bikini und das Schicksal seiner Einwohner. Selbst 25 Jahre nach Einstellung der Versuche mit US-Wasserstoffwaffen blieb die Insel leblos, ihr ökologisches System war völlig zerstört. Denken wir an die Folgen des C-Waffen-Einsatzes durch die US Army in Indochina. Nach Angaben eines im Januar 1983 in Hochi-Minh-Stadt durchgeführten Symposiums bewirkte der Einsatz von Herbiziden und Defolianten in Vietnam den Untergang von Pflanzen und Tieren auf riesigen Territorien; die Auslaugung der Böden war eine weitere schwere Folge für Natur und Mensch. Beinahe die Hälfte der Wälder und der bestellten Flächen Vietnams wurden von den Giftstoffen in Mitleidenschaft gezogen. Nach Wissenschaftlerschätzungen wird es viele Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte dauern, bis der den vietnamesischen Wäldern zugefügte Schaden wieder gutgemacht wird.

Alljährlich werden für militärische Zwecke 650 Md. Dollar verausgabt. Das geschieht, obwohl 1,5 Milliarden Menschen keine medizinische Betreuung, beinahe 3 Milliarden Menschen kein sauberes Wasser haben und 40 Millionen, davon 20 Millionen Kinder, alljährlich an Hunger und Erschöpfung sterben.

Zahlreiche Studien ergeben: Die Rüstungsproduktion verursacht eine weit intensivere Umweltverschmutzung als die zivilen Wirtschaftssektoren. In der Regel ist sie mit spaltbaren Stoffen, Schwermetallen und Chemikalien verbunden. In den USA beispielsweise stammen 80% aller giftigen flüssigen Abfälle aus Rüstungsbetrieben.

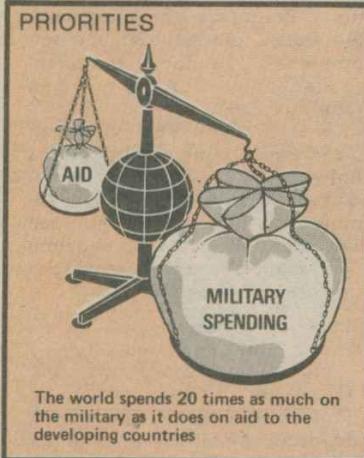
Eine ungeheure Gefahr für die Umwelt sind Unfälle mit Kernwaffen. Unfälle auf den Stützpunkten amerikanischer Raketen-U-Boote und Bomber, die Kernwaffen tragen können, führten wiederholt zu kritischen Situationen. Nach Angaben eines

Vor einem Jahr verfolgte die ganze Welt gespannt die Vorgänge im Südatlantik, wo plötzlich noch ein neuralgischer Punkt entstanden war. Mit Hilfe Washingtons bot die britische Toryregierung zur Verteidigung ihrer dortigen Kolonialbesitzungen Tausende Soldaten und modernste Kriegstechnik auf. Zugleich putzte sie chauvinistische

Wir befinden uns in einem Haus auf der Moskauer Sadowaja-Triumphalnaja-Straße. In dem Raum sieht es eher wie in einem Museum des englisch-argentinischen Konflikts aus. Er ist das Büro eines argentinischen Diplomaten. An einer Wand hängt eine Landkarte großen Maßstabs, darauf sind die damaligen argentinischen Militärobjekte auf den Falklandinseln (Malwinen) eingezeichnet. Neben der Karte hängt eine schematische Darstellung des argentinischen Luftwaffenstützpunkts bei Puerto Argentino, dem Verwaltungszentrum der Malwinen, den die Engländer Port Stanley nennen. Auf einem Untersatz steht das Modell des Skyhawk-Bombers, den ein Held der Malwinen, Leutnant Jose Vasquez, pilotierte und der dem Flugzeugträger "Invincible", dem Stolz der britischen Kriegsmarine, die erste schwere Beschädigung beibrachte. An einer anderen Wand ist ein Bestandteil der Steueranlage eines britischen "Harrier"-Jagdbombers angebracht, dem ersten Flugzeug, das über den Malwinen abgeschossen wurde. Und schließlich Fotos von verschiedenen Geschehnissen im Südatlantik.

Diese und andere Gegenstände sind nicht zufällig hier. Der Diplomat, in dessen Büro wir uns befinden, ist der Luftwaffen- und Marineattaché der Republik Argentinien, Oberst Hector Luis Destri, der vom ersten bis zum letzten Tag der Kampfhandlungen Kommandant auf dem genannten Luftwaffenstützpunkt war.

"Meine Ernennung bekam ich in der Nacht zum 2. April, und um 8.50 Uhr morgens landete die Besatzung des künftigen Luftwaffenstützpunktes im Nordosten von Soledad, einer der Inseln." So begann Destri seine Erzählung. "Wir hatten Auftrag, Puerto Argentino gegen Luft- und Marineangriffe abzusichern. Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß



Die Menschheit verausgabt für die Aufrüstung 20mal soviel wie für die Hilfe an die Entwicklungsländer

Illustrationen aus den UNEP-Materialien zum Internationalen Tag des Umweltschutzes

färetats würde auch gewaltige Mittel freisetzen, aus denen eine so außerordentlich humane Aufgabe der Menschheit wie der Umweltschutz gelöst werden könnte.

Alljährlich werden für militärische Zwecke 650 Md. Dollar verausgabt. Das geschieht, obwohl 1,5 Milliarden Menschen keine medizinische Betreuung, beinahe 3 Milliarden Menschen kein sauberes Wasser haben und 40 Millionen, davon 20 Millionen Kinder, alljährlich an Hunger und Erschöpfung sterben.

Zahlreiche Studien ergeben: Die Rüstungsproduktion verursacht eine weit intensivere Umweltverschmutzung als die zivilen Wirtschaftssektoren. In der Regel ist sie mit spaltbaren Stoffen, Schwermetallen und Chemikalien verbunden. In den USA beispielsweise stammen 80% aller giftigen flüssigen Abfälle aus Rüstungsbetrieben.

Eine ungeheure Gefahr für die Umwelt sind Unfälle mit Kernwaffen. Unfälle auf den Stützpunkten amerikanischer Raketen-U-Boote und Bomber, die Kernwaffen tragen können, führten wiederholt zu kritischen Situationen. Nach Angaben eines

EIN JAHR DANACH

Stimmungen in England auf, um ihr ramponiertes Ansehen bei den Wählern aufzubessern. In diesem Heft

berichten wir über die Folgen des Kriegsabenteuers der Tories auf den Falklandinseln (Malwinen).

ARGENTINIEN

ER KÄMPFTE AUF DEN MALWINEN

wir alle — Flieger, Schützen und Funker, Mechaniker und die Soldaten, die den Flugplatz bewachten — uns der Verantwortung bewußt waren, die uns auferlegt worden war. Jeder war bereit, seine Pflicht bis zum letzten Blutstropfen zu erfüllen. Das meinten wir buchstäblich. Von den Fliegern allein sind 50 Offiziere und 5 Soldaten, darunter 18jährige Jungen, für die Malwinen gefallen."

Dank der Opferbereitschaft, mit der die Argentinier die britische Intervention abwehrten, konnte England, das zweitstärkste NATO-Land, das fast seine ganze Kriegsflotte in den Südatlantik verlegt hatte, seine Kolonialherrschaft über die Inseln nur um den Preis empfindlicher Verluste wiederherstellen.

"Ja, wir haben die Schlacht verloren", sagt Destri, "aber nicht nur, weil Großbritannien militärisch stärker ist, sondern nicht zuletzt auch infolge der Stellungnahme Washingtons zu dem Konflikt. Als wir erfuhren, daß die USA für unsere Feinde Partei ergreifen, konnten und wollten wir zuerst kaum glauben, daß die USA, die wir für unsere Freunde gehalten und die uns immer wieder ihrer Freundschaft versichert hatten, gegen uns vorgingen. Wir waren aufs tiefste empört. Ich bin ganz sicher, daß die 'Strafexpedition' gegen Argentinien kaum möglich gewesen wäre ohne

den Beistand der USA, die den Streitkräften Englands ihren Militärstützpunkt auf Ascension zur Verfügung stellten, ihnen ausführliche Spionagemeldungen über argentinische Truppenverschiebungen lieferten und schließlich das britische Geschwader und die britischen Flugzeuge mit Treibstoff versahen."

Nach dem bewaffneten Konflikt waren argentinische Soldaten und Offiziere, auch Oberst Destri, etwa einen Monat in Gefangenschaft, anfangs in der Festung San Carlos auf den Malwinen und die letzten 15 Tage auf dem britischen Schiff "Saint Edmund".

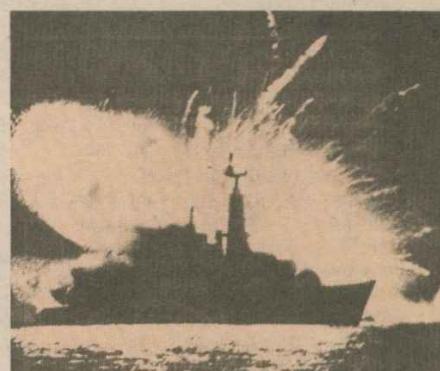
"Das waren bestimmt nicht die schönsten Tage meines Lebens", sagt Destri mit bitterem Lächeln. "Ich kann nicht sagen, daß uns die Engländer gefoltert hätten. Man kann Menschen aber auch seelisch peinigen. Uns quälte die Ungewißheit. Wir waren von aller Welt abgeschnitten und wußten nicht, was uns erwartet. Schlimm war auch der Dünkel, mit dem uns nicht nur die Offiziere, sondern auch die Soldaten Großbritanniens behandelten. Sie sahen uns als Untermenschen an und sprangen hart mit uns um. Im Juni und Juli sinkt die Temperatur auf den Malwinen bis auf 10 Grad unter Null. Im Südatlantik sind schneidende Winde etwas Alltägliches. So ist es auf den Inseln. Auf dem Schiff auf hoher See war es

noch schlimmer. Auf den Zwischen-decks, wo wir untergebracht waren, war ständig unter Null. Wir drückten uns aneinander, um uns zu wärmen. Auf alle unsere Bitten, uns etwas Warmes zum Anziehen zu geben, antworteten die Wachen feixend, die warmen Sachen befanden sich in den versunkenen Schiffen, und wenn wir z. B. eine Schlafdecke haben wollten, müßten wir danach fauchen. Wir hatten nicht einmal Löffel und Tassen, aben aus Konservenbüchsen und mußten die kalten, oft sogar gefrorenen Lebensmittel buchstäblich her-ausstochern. Hier, sehen Sie!"

Der Oberst zeigt mir einen 10 cm langen und 3 cm breiten Holzlöffel und sagt:

"Jetzt ist das ein Andenken, aber damals war es eine unentbehrliche Sache. Ich weiß nicht mehr, wie ich es angestellt habe, daß die Wachen mein Taschenmesser nicht entdeckten. Damit habe ich aus Borke den Löffel geschnitzt. Wir haben uns mehrmals ans Rote Kreuz gewandt, aber alles blieb bis zum letzten Tag der Gefangenschaft unverändert."

"Ob man die Kampfhandlungen hätte vermeiden können?" wiederholte die Frage, die ich eingeworfen habe. "Ich bin ein Militär und kein Politiker und kann das nicht genau beurteilen. Ich glaube aber doch, daß der bewaffnete Zusammenstoß



Die Fregatte "Antelope", eins der britischen Kampfschiffe, die im Südatlantik versenkt wurden

vermeidbar gewesen wäre. Der Beschuß der argentinischen Regierung über die Landung auf den Malwinen erfolgte wegen der Unbeugsamkeit, mit der Großbritannien die Inselgruppe gewaltsam, unter Mißachtung des Völkerrechts anderthalb Jahrhunderte besetzt gehalten hatte. Leider hat Großbritannien

aus der Krise nichts gelernt und betreibt seine neokolonialistische Politik weiter. Es muß ernste Besorgnis erregen, daß die Regierung Thatcher noch immer taube Ohren für die Aufforderungen hat, die Frage friedlich zu bereinigen. London hat es abgelehnt, der Resolution der jüngsten UNO-Vollversammlung zuzustimmen, in der dazu aufgefordert wurde, Mittel und Wege zu einer friedlichen Beilegung des Streits ausfindig zu machen. Großbritannien steigert seine militärische Präsenz auf den Inseln und schickt hochgestellte Persönlichkeiten hin. Auch Margaret Thatcher war dort. Das alles zeugt

davon, daß die britische Regierung nach wie vor auf Gewalt orientiert ist."

Beim Abschied bittet Oberst Destri, der sowjetischen Presse seinen Dank für die objektive Berichterstattung über die Malwinen-Krise zu übermitteln. Er drückt mir die Hand und fügt hinzu:

"Im Namen aller argentinischen Soldaten und Offiziere, die an den Geschehnissen direkt beteiligt waren, danke ich dem Sowjetvolk von Herzen dafür, daß es unserem Land in schwerer Stunde beigestanden hat."

A. MEDWEDENKO

GROSSBRITANNIEN

NEUE FALKLAND-PLÄNE

Dort werde das Leben nie mehr so still und friedlich wie früher sein — diese Schlußfolgerung bestätigen britische TV-Reporter in ihren Bildberichten von den Falklandinseln (Malwinen). Das ist die Folge des imperialistischen Kriegsabenteuers der britischen Toryregierung vom vorigen Jahr.

Auf der Piste von Port Stanley, dem Verwaltungszentrum der Inseln, starten alle Augenblicke "Harriers" und schwere Transportflugzeuge der königlichen Luftstreitkräfte und scheuchen die Stammbewohner der Insel, die Pinguine, auf. Durch die stillen Gassen der Stadt rollen klirrend Panzerwagen. Raketenrampen weisen in den Himmel. Wo früher Schafe weideten, ist jetzt Drahtverhau. Im Eiltempo werden Munitions- und Treibstoffmagazine sowie Kasernen für die britische Garnison gebaut. Man geht dabei gründlich und genau nach Weisungen aus London vor.

Die vorjährigen Prognosen mancher britischen Kommentatoren, daß die Malwinen bald ein großer südatlantischer Stützpunkt für britisches und amerikanisches Militär sein würden, bewahrheiten sich noch schneller, als zu erwarten gewesen war. Ein Beispiel dieser unheilvollen Zusammenarbeit ist der Militärstützpunkt auf Ascension. Ein ähnlicher auf den Falklandinseln (Malwinen) werde, so der "Guardian", den geopolitischen Ansprüchen Washingtons "genügen".

Ein Opfer des unheroischen Kriegs

Foto aus: "Sunday Times Magazine" (Großbritannien)

Völlig unklar ist, ob die Schiffe der "Stoßkraft" Kernwaffen an Bord hatten. Der damalige Verteidigungsminister Nott hat sich vor einer direkten Antwort auf diese Frage immer wieder gedrückt, aber eine indirekte Bestätigung ist vorhanden. In einer schriftlichen Antwort auf eine Interpellation im Parlament erklärte Nott, daß die Kampfschiffe "komplett ausgerüstet" seien. Nach den Bestimmungen aber führen die Zerstörer und Fregatten der britischen Kriegsmarine U-Abwehr-Kernladungen. Folglich sind die Zerstörer "Sheffield" und "Coventry" sowie die Fregatten "Ardent" und "Antelope" mitamt den Kernladungen untergegangen. Davon zeugt auch die Tatsache, daß die britische Kriegsmarine nach den



Kampfhandlungen dort, wo die Schiffe untergegangen sind, Bergungsarbeiten ausführte, angeblich um "wertvolle Ausrüstungen" heraufzuholen.

Noch ist nicht endgültig klar, wieviel das britische Abenteuer im Südatlantik gekostet hat. Es werden nur annähernde Summen genannt, u. zw. möglichst kleine. Den britischen Steuerzahldern verheimlicht man auch die genauen Kosten des Unterhalts der Garnison auf den fernen Falklandinseln. Offenbar ist sie viel teurer zu stehen gekommen, als man in London erwartet hatte. Das Militär verlangt Ersatz für die verlorenen Schiffe und Flugzeuge sowie neue Bewilligungen. Deshalb trommeln die Hurrapatrioten Großbritanniens wieder, um den Chauvinismus aufzuputschen. Die Toryregierung ermutigt sie nach Kräften. Auf ihre Initiative führen die Massenmedien eine Kampagne zur "Hebung des Patriotismus" der Nation durch. Die Parlamentswahlen sind ja nicht mehr weit. Margaret Thatcher gab amtlich bekannt, daß sie am 9. Juni d. J. (beinahe ein Jahr zu früh) stattfinden sollen.

Damit erklärt es sich, warum die britische Presse den Besuch Margaret Thatchers auf den Falklandinseln (Malwinen) so süßlich geschildert hat. Sie posierte den Foto- und TV-Reportern bald in einem Schützenpanzerwagen, bald auf einem U-Boot, im Cockpit eines "Harrier" oder in der Umgebung von Port Stanley, damit man sehen solle, wie unerschrocken die Dame über ein Minenfeld schreitet. Die bürgerliche Presse weiß sich vor Begeisterung nicht zu lassen.

Wie auf Kommando erschienen in den Londoner Buchhandlungen allerlei dokumentarische und "schöneistige" Schriften mit Lobliedern auf das imperialistische Abenteuer der Tories, und über die Bildschirme flimmerten endlos "heroische" Filmstreifen. Selbstverständlich wurde dabei die Hauptsache verschwiegen: daß die Malwinen, wie die Geschichte bezeugt, zu Argentinien gehören, aber von Großbritannien gewaltsam besetzt wurden, und daß entsprechende UNO-Resolutionen ihre Entkolonialisierung anordnen.

Noch vor einem Jahr, als Soldaten des britischen Expeditionskorps im Südatlantik zu Hunderten den Tod fanden, wiederholten viele Hurrapatrioten ein übers andere Mal, falls man die Falklandinseln Argentinien überlässe, würden die Spanier sofort Gibraltar an sich nehmen. Es ist also durchaus kein Zufall, daß am Jahrestag des Konflikts der Flugzeugträger "Invincible", von dem "Harriers" zu den Bombenangriffen auf die argentinische Garnison starteten, Gibraltar anlief.

I. TITOW

SIE UNTERMINIEREN DIE RECHTSORDNUNG

Igor GOREW

Die Politik der Regierung Reagan im Hinblick auf das Weltmeer zeugt seit zwei Jahren von völliger Mißachtung des Völkerrechts. Reagan ist jäh vom Kurs aller seiner Vorgänger abgegangen und hat gegen die neue, allumfassende Seerechtskonvention der UNO einen regelrechten Kreuzzug angetreten. Diese wurde 1982 nach langjährigen Verhandlungen unter Teilnahme der USA angenommen und ist bereits von 122 Staaten unterzeichnet.

Washington macht kein Hehl aus seinem Mißvergnügen darüber, daß die Bestimmungen der Konvention, die auf einem Kompromiß beruhen und die Nutzung der Ressourcen des Meeresgrundes der internationalen Gewässer (der Nickel-, Kobalt-, Manganerz- und Kupferkonkretionen) zum Nutzen der ganzen Menschheit betreffen, einen Raubbau der Konzerne der USA und anderer Westmächte an diesen Ressourcen verbieten. Deshalb haben die USA die UNO-Konferenz für Seerecht zu sprengen versucht und gegen die Konvention gestimmt.

Unlängst hat die US-Regierung wieder Schritte zu ihrer Torpedierung unternommen. Im März d. J. gab Reagan eine Erklärung über die Hochseepolitik und die Festsetzung einer 200 Meilen breiten Wirtschaftszone der USA ab.

Washington will versuchen, nur die Bestimmungen aus der Konvention zu befolgen, die eine Wirtschaftszone und die freie Schifffahrt in verschiedenen Regionen des Weltmeers betreffen. Hingegen verweigert es die Unterzeichnung der ganzen Konvention. Reagan hat erklärt: "Die USA werden mit anderen Ländern weiter an der Festlegung eines Regimes zusammenarbeiten, das von unnötigen politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen für die Gewinnung von Bodenschätzen auf dem Meeresgrund, soweit er außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit liegt, frei ist." Man will also einen "Minivertrag" zwischen einigen wenigen Westmächten zustande bringen.

"Die USA werden es ihren Konzernen auch weiterhin gestatten, nach diesen Ressourcen zu schürfen und sie bei einer günstigen Marktlage abzubauen", sagte Reagan weiter. Mit anderen Worten wird die Hochseepolitik der USA darauf abgestellt, daß die US-Konzerne die Ressourcen am Grund der internationalen Gewässer entgegen der Konvention an sich reißen und unter sich aufteilen.

Um den ausgesprochen imperialistischen Sinn dieser Politik halbwegs zu bemänteln, versucht Reagan es mit juristischen Argumenten. So behauptet er, daß "die Gewinnung von Bodenschätzen am Meeresgrund nach wie vor eine rechtmäßige Nutzung der für alle Nationen geltenden Freiheit der Meere darstellt". Das widerspricht Bestimmungen der Konvention und anderer weltpolitischer Dokumente. Das vertragliche und sonstige moderne Völkerrecht erlaubt es nicht, das Schürfen und den Abbau von Ressourcen am Meeresgrund mit der Freiheit der Meere gleichzusetzen. Umgekehrt, es beinhaltet Grundsätze und Normen, die eine derartige Betätigung strikt im Rahmen der Konvention regeln und ihr Schranken setzen.

In der Erklärung über die exklusive Wirtschaftszone der USA versuchen diese wieder einmal, sich über die Konvention hinwegzusetzen und sich das Hoheitsrecht auf die lebendigen Ressourcen und eine entsprechende Gerichtsbarkeit für 200 Seemeilen breite Küstengewässer nicht allein der USA, sondern auch Portoricos sowie der Treuhandschafts- und "Obersee" gebiete anzumaßen, obwohl diese Regionen zur hohen See gehören. Reagan pocht als rechtliche Begründung seines Standpunkts auf die ihm "als US-Präsident gemäß der Verfassung und den Gesetzen der USA gegebenen Macht".

Dieses "rechtliche" Argument ist völlig unhaltbar. Kein Landesgesetz kann als Begründung für die Anmaßung von Hoheitsrechten in Regionen dienen, die herkömmlicherweise zur hohen See gehören. Ein solches Recht gibt den Staaten allein die neue Seerechtskonvention der UNO unter der obligatorischen Bedingung, daß sie die Befolgung sämtlicher Bestimmungen der Konvention garantieren. Wenn es ein Staat wie z. B. die USA ablehnt, die gesamte Konvention zu unterzeichnen und zu befolgen, so kann er von dem aus der Konvention herrührenden Recht auf eine 200-Meilen-Wirtschaftszone keinen Gebrauch machen. Das ist die Quintessenz der auf der Konferenz zwischen allen Staatengruppen erzielten Vereinbarung.

Statt aus der kürzlichen vernichtenden Niederlage der Reaganschen Diplomatie auf der zum Abschluß gelangten UNO-Konferenz über das Seerecht realistische Schlüssefolgerungen zu ziehen und die Stellungnahme der allermeisten

Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, zu berücksichtigen, verhärten die USA ihre Politik, die darauf abzielt, die Rechtsordnung auf dem Weltmeer zu torpedieren, und stellen sich so gegen die ganze Weltgemeinschaft.

Wie viele andere Staaten ist auch die UdSSR gegen eine solche imperialistische Politik aufgetreten. In der Erklärung der Sowjetregierung vom 24. April 1983 wird der Sinn der neuen Aktionen der USA aufgedeckt und die neue Seerechtskonvention der UNO unterstützt.

In dieser Erklärung wird betont, daß "das Vorgehen der jetzigen US-Regierung nichts anderes als ein Versuch ist, in Fragen der Nutzung von Seeregionen Chaos zu stiften und die wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit der Länder in diesem lebenswichtigen Bereich der menschlichen Betätigung in ihren Grundfesten zu erschüttern, was bei den meisten Staaten ernste Besorgnis erwecken muß. Die UdSSR teilt diese Besorgnis und lehnt gemeinsam mit anderen Ländern die Politik der Willkür, die die USA auch in diesem Bereich betreiben möchten, entschieden ab."

Besonderes Gewicht wird in der Erklärung darauf gelegt, daß "die USA, während sie sich im Weltmeer unbegründetermaßen besondere Vorrechte anmaßen, zugleich versuchen, ihre widerrechtlichen Absichten auf unter Treuhandschaft stehende Inselregionen und die See rings um diese, auf die es die US-Konzerne schon lange abgesehen haben, zu erhärten".

Es sei daran erinnert, daß eine Reihe von Bestimmungen der Konvention auf Vorschlägen der USA selbst beruhen. Wie man aber sieht, hält es die jetzige US-Regierung für ganz normal, frühere Vereinbarungen zu ignorieren.

Wie es in der Erklärung der Sowjetregierung heißt, muß man sich in Washington darüber im klaren sein, daß dessen Kurs auf Boykott und Unterminderung der allumfassenden UNO-Seerechtskonvention und auf ein willkürliches Vorgehen im Hinblick auf die Ressourcen des Meeresgrundes den Interessen der meisten Staaten zuwiderläuft.

Auf der ersten Tagung des Ausschusses, der eine Internationale Körperschaft für den Meeresgrund und für einen einschlägigen Internationalen Gerichtshof praktisch vorzubereiten hat, haben die "Gruppe 77", der über 100 Entwicklungsländer angehören, sowie einige sozialistische Länder eine Erklärung abgegeben, in der sie das Verhalten der USA verurteilen. Washington wird früher oder später einsehen müssen, daß sich kein einziger Staat, auch die USA nicht, über die in der Konvention fixierte Rechtsordnung für das Weltmeer und seine Ressourcen hinwegsetzen darf.

DAS SCHICKSAL DER AKROPOLIS

Von unserem Sonderberichterstatter
Albert PIN

Pallas Athene, die geliebteste Tochter des Zeus, kam unter ungewöhnlichen Umständen zur Welt. Der Donnerer erkannte, daß ein noch ungeborener Sohn der Göttin Metis mächtiger als er werden könnte. Er beschloß, das Schicksal zu überlisten, und verschlang Metis. Danach bekam er entsetzliche Kopfschmerzen. Um sie loszuwerden, ließ er sich das Haupt spalten, und daraus hervor kam die schöne, majestätische Athene in gleißendem Helm, mit Lanze und Schild.

Die uralte Legende ist im Giebelfeld der Akademie, die sich im Zentrum Athens befindet, eingemeißelt. Vor dem Gebäude steht auf hoher Säule Pallas Athene selbst, die Schützerin der Städte, Göttin des Wissens und der Weisheit, die Siegreiche. Eine andere solche Säule ist von einer Statue des Apoll, des Gottes des Lichts und Schutzherrn der Künste, gekrönt.

Die im vorigen Jahrhundert von dem Dänen Theophilus von Hansen gebaute Akademie ist eine Sehenswürdigkeit Athens und wird meist von den zahlreichen Gästen der Stadt besichtigt. Am stärksten aber fühlen sie sich von der Akropolis mit ihren einmaligen Bauwerken angezogen.

Der Kassierer gab mir eine grünliche Karte mit der Darstellung der Akropolis und des Perikles, und ich betrat hinter einer mit Kameras behängten japanischen Touristengruppe die glatten Steinplatten der Propyläen. Vor mir lagen ein weiter, mit Steinrümern übersäter Platz und der Parthenon, der großartigste griechische Tempel.

Ich möchte vorausschicken, daß ich nicht die Absicht habe, die weltbekannten meisterhaften Bauwerke zu schildern. Darüber findet sich alles in den Lexika und in Büchern über Kunstgeschichte. Da erfährt man alle Einzelheiten, auch wie lange Iktinos und Kallikratos am Parthe-

non bauten, wer das Prachtportal zur Akropolis errichtete, aus welchem Anlaß der zierliche kleine Tempel der Athene Nike (der Siegreichen) errichtet wurde, und was das das Bauensemble krönende Erechtheion darstellte, das nach Erechtheus, dem legendären Heldenkönig Athens, benannt wurde.

Ich glaube, es ist eher angebracht, über das Schicksal der Akropolis zu berichten, die ein Wahrzeichen der Weltkultur und -kunst ist, und in Augenschein zu nehmen, welche Schäden ihr der Zahn der Zeit und böser menschlicher Wille zugefügt haben. Die Portale, Säulen und Friese haben schon lange viel von ihrer Schönheit eingebüßt, zeugen aber noch jetzt vom Talent der antiken Meister.

Die Geschichte hat die Namen derer bewahrt, die die Akropolis geschaffen haben. Den Ehrenplatz unter ihnen nimmt der geniale Bildhauer Pheidias ein, ein Freund und tatkräftiger Helfer des Perikles, dessen Herrschaftsdauer das Goldene Zeitalter Athens genannt wird. Pheidias inspirierte und leitete künstlerische Meister, die die von den Persern zerstörte Feste zu einem einmaligen Bauensemble gemacht haben.

Noch vor dem Bau des Parthenons schuf Pheidias eine riesige Bronzestatue der Athene Promachos (der Vorkämpferin) und machte sich damit einen Namen. Gemeinsam mit seinen Schülern schmückte er den Parthenon. Wie eine Muschel die Perle, so birgt der Tempel ein Meisterwerk des Pheidias, die Athene Parthenos (die ewig Jungfräuliche) in sich.

Von dem Heiligtum ist nur eine Mauer erhalten geblieben, die in der Mitte eine hohe Tür aufweist. Es gehört viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie das alles in alten Zeiten aussah, wie die über zwölf Meter hohe Statue der Göttin, von reichstem Schmuck glitzernd, majestätisch im Halbdunkel aufragte.

Die stolze, allmächtige Göttin war,

ebenso wie der Schöpfer ihres Tempels und ihres eigenen Bildnisses, imstande, diese Kunstwerke zu erhalten. Es ist paradox, aber das berühmteste Werk des Pheidias, das ihn unsterblich machte, spielte in seinem Schicksal eine verhängnisvolle Rolle.

Neider beschuldigten ihn, kostbares Material entwendet zu haben (die Statue war aus Hartholz geschnitten und mit Gold- und Elfenbeinplättchen verziert). Die Richter ließen das Gewicht des goldenen Gewands der Athene nachprüfen (wozu einige Plättchen abgenommen wurden) und mußten den Bildhauer freisprechen. Plutarch berichtet aber, daß Pheidias auch weiter von Neidern drangsaliert wurde. Sie beschuldigten ihn der Blasphemie, einer Mißachtung der Göttin — auf dem Schild der Athene ist eine Schlacht der Griechen gegen die Amazonen dargestellt, und der Meister hat einer Gestalt, einem glatzköpfigen Alten, der einen Stein aufhebt, seine eigenen Gesichtszüge gegeben und neben ihm den Perikles in Gestalt eines Kriegers mit Lanze dargestellt. Die Angriffe gegen Pheidias wurden von Feinden des Perikles noch aufgeheizt, der Bildhauer wurde eingekerkert und ist höchstwahrscheinlich im Kerker gestorben. Jedenfalls schreibt das Plutarch, und seine Meinung wird von vielen Kunsthistorikern geteilt.

Die Statue der Athene überlebte ihren Schöpfer um 1000 Jahre. Die zehn Jahrhunderte bis zur Herrschaft von Byzanz hinterließen auf der Akropolis fast keine Spuren. Diese Schöpfung aus der kurzen Zeit des Perikles und des Pheidias war derart vollkommen, daß es die Beherrscher der Stadt und fremden Machthaber lange nicht wagten, die Harmonie durch ein neues Bauwerk zu stören, und die Akropolis nur mit Statuen und Reliefs schmückten. Selbst nachdem Athen seine Macht eingebüßt hatte, genoß es dank seiner ruhmreichen Vergangenheit Hochachtung und blieb die Wiege der griechischen Kultur. Selbst die Machthaber Roms, die Griechenland unterjochten und plünderten und ihm zu allererst Kunstwerke raubten, fühlten sich verpflichtet, Athen ihre Schutzherrschaft zu gewähren.

Vom 6. Jahrhundert an war Athen eine Provinzstadt des großen Byzantinischen Reiches. Nunmehr wurden Kunstschatze aus Athen nicht mehr nach Rom, sondern nach Konstantinopel geschafft, darunter auch Meisterwerke des Pheidias — die Athene Promachos und die Athene Parthenos — und gingen dort später zu grunde. Aus den antiken Tempeln, auch aus dem Parthenon und dem Erechtheion, machte man Kirchen, was oft nicht schmerzlos für diese Baudenkmäler vor sich ging. Im Parthenon vernichtete man beim Bau der Apsis, der Altarnische, die mittleren Figuren des östlichen Hauptgiebelfelds, was der großartigen Skulpturenkomposition, die die Geburt der Athene darstellte, unwiederbringlichen Schaden zufügte.

Für die Fremden, die nach dem Sturz Konstantinopels durch die Kreuzritter über Athen herrschten, war die Akropolis in erster Linie eine Festung. Die Machthaber wechselten längst nicht immer friedlich, die Akropolis war mehrmals belagert. Ein großes Unglück suchte sie im Jahre 1656 heim, genau 200 Jahre nach der Besetzung Athens durch die Türken, die aus dem Parthenon eine Moschee, aus dem Erechtheion einen Harem und aus den Propyläen eine Kaserne und ein Pulvermagazin machten. Eine zufällige

Vernichtungsgewalt einer Atombombe sind unvergleichbar, und die heutigen Washingtoner Tollhäusler, die aus Europa, ja aus der ganzen Welt ein nukleares Pulverfaß machen wollen, sind um ein Vielfaches gefährlicher, als es die mittelalterlichen Barbaren waren.

Sachkundiger Raub

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts brach ein neues Unglück über die Akropolis herein: Sie wurde von Kennern der antiken Kunst barbarisch ausgeplündert.



Explosion in diesem Magazin zerstörte die ganze Mitte der Propyläen.

Für die Akropolis kamen schwere Zeiten. Um einen Angriff der Venezianer abzuschlagen, trugen die Türken den Tempel der Athene Nike ab und bauten aus den Steinen Bastionen. Die Belagerung war aber nur kurz. Ein Überläufer verriet den Venezianern, daß im Parthenon ein Pulvermagazin sei, und am 26. September 1687 wurde die großartige Schöpfung athenischer Baumeister mit einem einzigen Kanonenschuß vernichtet.

Obwohl fast seines ganzen Skulpturmucks ledig und halbzerstört, versetzt der einst schneeweisse und jetzt von einem gelblichen Belag überzogene Parthenon den Besucher mit der wunderbaren Harmonie seiner Linien und Proportionen noch heute in Staunen. Man könnte den von Licht und Luft durchfluteten Säulengang ohne Ende betrachten. Ich saß vor der östlichen Fassade auf einem Stein. Da blieben die japanischen Touristen in meiner Nähe stehen, und der junge Griech, der sie führte, erzählte ihnen englisch von jenem verhängnisvollen Kanonenschuß.

Die Japaner hörten aufmerksam zu, und mir fiel bei ihrem Anblick die Tragödie von Hiroshima und Nagasaki ein, die von zwei amerikanischen Atombomben in einem einzigen Augenblick vernichtet wurden. Der Kanonenschuß und die

Der Parthenon heute
Foto des Verfassers

In den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts zeichnete sich der französische Botschafter im Türkreich, Choiseul-Gouffier, besonders darin aus. Er wies einen seiner Agenten an, "in und um Athen alles zu nehmen, was nicht niet- und nagelfest ist". So wanderten mehrere Reliefs aus dem Parthenon nach Frankreich. Größer wurde das Unternehmen von dem britischen Botschafter Lord Elgin aufgezogen. Nach einer Erlaubnis der osmanischen Behörden, sich von der Akropolis "einige Steinrümmer mit Inschriften sowie Figuren zu nehmen", schickte er zwölf Marmorfiguren vom Giebelfeld des Parthenons, einige Dutzend Platten von einem Fries, eine Karyatide vom Portikus des Erechtheions und mehrere andere Fragmente nach England. Später wurden alle diese Kostbarkeiten an das Britische Museum verkauft, wo ihnen einer der größten Säle eingeräumt worden ist.

Fortschrittliche Persönlichkeiten jener Zeit waren über die Plünderung der Akropolis empört. George Byron brandmarkte Lord Elgin, einen Schotten. Von ihm stammt der Ausspruch: "Was die Goten nicht getan haben, das haben die Schotten getan." Leider wollen sich die jetzigen Nachfahren des unternehmenden

Lords nicht von den geraubten Schätzen trennen. Ohne eine Spur der Verlegenheit behaupten die Gentlemen an der Themse, Elgin habe die besten Absichten gehabt, er habe die Skulpturen aus den Tempeln der Akropolis fortgebracht, "um sie vor Zerstörung und Vandalismus zu bewahren".

Die griechische Regierung hat in letzter Zeit von England mehrmals seine Schätze zurückverlangt. Ebenso Ägypten ein Bruchstück des Bartes der Sphinx von Gizeh. Nach langem Hin und Her hat das Britische Museum unlängst eingewilligt, Ägyptens Ersuchen zu gewähren, aber die Marmorstatuen aus der Akropolis gibt es nicht her. London geniert sich nicht einmal, sie in anderen Ländern auszustellen. Voriges Jahr wurden sie in New York gezeigt. Die hervorragende griechische Schauspielerin Melina Merkouri, Ministerin für Kultur und Wissenschaft, besuchte die Ausstellung und erklärte Journalisten, daß Griechenland auf Rückerstattung besteht. Die Toryregierung verweigert sie aber. Das hat in diesem Frühjahr Paul Channon, der britische Staatsminister für Unterrichtswesen und Wissenschaft, im Parlament erklärt.

Vielgesichtiges Athen

Das Belvedere ist ein rundes, von einer Zinnenmauer umgebenes Plateau am östlichen Rand der Akropolis. Dort weht die weißblaue Nationalflagge.

Hier nun ist es wohl angebracht, unsere Erzählung über das Schicksal der Akropolis kurz zu unterbrechen und den Leser näher mit der Stadt dort unten bekannt zu machen, die ebenfalls ein ungewöhnliches Schicksal hat. Sie ist der anerkannte Brennpunkt der Kultur und Kunst der ganzen antiken Welt. Athen ist eine der ältesten Städte Europas und zugleich eine seiner jüngsten Hauptstädte, denn es wurde eigentlich ganz neu aufgebaut, nachdem das griechische Volk in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts das fast 400jährige fremdländische Joch gebrochen hatte.

Unter der Osmanenherrschaft war es eigentlich nichts als ein großes Dorf. Vor der Befreiung hatte es nur ein paar Tausend Einwohner. An jene Zeit erinnert nur noch die Plaka, die Altstadt, die an den Hängen des Berges der Akropolis klebt. Vom Belvedere aus kann ich nur die Ziegeldächer der Plaka sehen, Pult- oder Flachdächer, die terrassenförmig absteigen. Ich bin aber schon öfter durch die steilen Winkelgassen gewandert.

In der Plaka gibt es viele kleine Lokale für jeden Geschmack und Geldbeutel: ganz einfache, die von Arbeitern nach der Schicht aufgesucht werden und wo sie sich an einem Gläschen Retsina gütlich tun, einem Traubenzweigwein, dem nach alter Sitte ein Harz beigemischt ist, damit er sich länger hält. In anderen Lokalen kostet eine Flasche Wein mehr, als ein Arbeiter

oder Angestellter am Tag verdient. Weiter gibt es Künstlercafes, in denen Schriftsteller, Maler und Schauspieler verkehren.

Nördlich von der Akropolis liegt das Dreieck der Neustadt, die im vorigen Jahrhundert gebaut wurde. Sie stößt an die Plaka und verschmilzt mit ihr. Der Stadtteil aus dem 19. Jahrhundert wurde nach Projekten der Baumeister Kleantos und Schaubert gebaut, die den Stil der Altstadt auch hier bewahren wollten. Zierden der Neustadt sind die Universität, die Nationalbibliothek und die Akademie. Prägnante Muster des Neoklassizismus, heben sich diese nebeneinander aufragenden schmucken Marmorbauten mit Säulen und Skulpturen von den anderen Häusern der Universitätsstraße ab, die zur gleichen Zeit gebaut wurden, aber allmählich, ebenso wie die gleichaltrigen Häuser auf der Stadion- und der Akademiestraße, ein ganz modernes Aussehen angenommen haben.

Neuerdings sind an den Stadträndern neue Viertel aus eleganten Einfamilienhäusern und Villen entstanden, die fast im Grün verschwinden. Solche Häuser können sich natürlich nur sehr reiche Leute leisten.

Athen hat jetzt auch Hochhäuser, was vielen mißfällt. Die majestätischen Ruinen der Akropolis waren früher fast überall zu sehen, und es war verboten, höhere als achtstöckige Häuser zu bauen, damit der Blick auf den Parthenon und das Erechtheion nicht verstellt wurde, was sie aber doch taten. Aus dem Zentrum konnte man schon bei 7- und 8stöckigen Bauten den nördlichen Teil der Akropolis nicht sehen. Zu Anfang der 60er Jahre ließ die US-Firma Hilton in der Königin-Sofia-Straße ein massiges 9stöckiges Hotel hinbauen. In einer jüngeren Stadt hätte es sich vielleicht noch ins Stadtbild eingefügt, in Athen aber stören solche Hochhäuser die Harmonie, die den antiken Baumeistern so sehr am Herzen lag.

Was am Marmor frißt

Nicht nur der Zahn der Zeit und der böse Wille "aufgeklärter" Eroberer und moderner Barbaren haben auf der Akropolis bedauernswerte Spuren hinterlassen. Gebrechen des 20. Jahrhunderts fügen der einmaligen Gedenkstätte unwiederbringlichen Schaden zu.

Heute ist Athen die größte Industriestadt Griechenlands. Seine Betriebe beschäftigen die Hälfte aller in der Industrie tätigen Griechen. Der benachbarte Piräus mit seinem größten Hafen des Landes und seinen zahlreichen Betrieben ist mit Athen beinahe verschmolzen. Von der Akropolis aus sieht man, wie Rauchsäulen aus den dortigen Fabriken aufsteigen und eine schmutziggraue Wolke bilden, die der Wind auf Athen zutreibt.

Verschmutzt wird die Luft auch durch die Auspuffgase der rund 600 000 Autos,

die es in Athen gibt, ferner durch Kohle und Gas, mit denen die Kochherde und Heizkessel in den Wohnhäusern geheizt werden. Kaum hat der Wind eine Smogwolke verweht, da breitet sich über der Stadt gleich wieder ein neuer giftiger Schleier aus. Darunter leiden nicht nur die Menschen, sondern auch die Steine.

Mit Hilfe der UNESCO wurde in Griechenland vor einigen Jahren ein langfristiges Programm für die Erhaltung der Akropolis aufgestellt. Aus den angrenzenden Stadtbezirken sollten umweltfeindliche Betriebe verlegt, die Wohnhäuser auf Gasheizung umgestellt und in den nahen Straßen der Kraftverkehr verboten werden. Es war sogar davon die Rede, daß Touristen nicht mehr mit Autobussen, sondern mit Obussen zur Akropolis gebracht werden sollen. Das ist bestimmt wichtig, denn die Akropolis hat jedes Jahr rund 3 Millionen Besucher (ebenso viele Einwohner hat Athen heute).

Diese Pläne sind noch nicht ausgeführt. Allerdings ist der Kraftverkehr in den Straßen Athens schon eingeschränkt worden. Die PKW-Besitzer dürfen ihre Wagen nur jeden Übertag fahren. Die Obusse setzen sich immer mehr durch, können aber noch nicht als Ersatz für die Rundfahrtbusse dienen. Besonders oft sieht man in Athen sowjetische Obusse, und bald sollen es noch mehr werden, denn ein Vertrag über eine neue Partie dieser bequemen, sparsamen und umweltfreundlichen Wagen ist mit der UdSSR geschlossen worden.

Die Restauratoren und Kustoden der Akropolis haben viele Sorgen und alle Hände voll zu tun. Die wertvollsten Details der Skulpturen aus den Tempeln mußten ins Museum überführt werden, darunter auch die Karyatiden aus dem Erechtheion, soweit sie nicht verschleppt wurden. Statt ihrer sind Kopien aufgestellt worden. Man muß die Metallklammern und -träger auswechseln, mit denen man zu Beginn unseres Jahrhunderts versuchte, die Tempel vor der weiteren Vernichtung zu bewahren. Seit damals ist das Eisen stark verrostet, und auf dem Marmor haben sich hier und da Flechten breitgemacht. Die neuen Träger und Klammern werden aus dem korrosionsfreien Titan bestehen. Diese und andere dringende Arbeiten am Erechtheion sind bereits im Gange. Für Besucher ist es jetzt geschlossen. Aber in Zukunft werden wieder Millionen Besucher unvergeßliche Augenblicke auf der Akropolis erleben.

Die Mittagsstunde nahte, als ich die Akropolis verließ. Plötzlich erlosch das helle Sonnenlicht, der Himmel verdüsterte sich, und nun sah der Parthenon grau wie von der Asche der vergangenen Jahrhunderte bedeckt aus. Ich wartete ab, bis die Sonne dem Parthenon sein früheres Aussehen wiedergab, und stieg die Stufen der Propyläen hinab.

Athen--Moskau

Die Erhaltung und Festigung des Friedens, die Eindämmung des Wettrüstens sind die dringlichsten Probleme der Gegenwart. Als Sowjetbürger weiß ich um den Preis des Friedens. In den Jahren des zweiten Weltkrieges mußte unser Volk viel durchmachen. Es ist bitter, an die vielen Milliarden zu denken, die in der Welt für die Rüstungsproduktion verausgabt werden, während es noch so viele hungrige Menschen auf der Erde gibt. Die von der Menschheit inzwischen gehornten Waffenberge machen den Frieden noch labiler, nehmen den Hungrigen das Brot und den Obdachlosen das Dach über dem Kopf.

J. PEPELJAJEW
Kriegsveteran
Gebiet Perm, RSFSR

Die Entwicklung im Nahen Osten kann niemanden gleichgültig lassen. Täglich erfahren wir von immer neuen Provokationen Israels auf dem Boden des souveränen Libanon. Die israelischen Aggressoren setzen den Krieg gegen das libanesische Volk und die palästinensischen Flüchtlinge faktisch fort. Besonders alarmierend ist die Lage im Landessüden und im Bekaa-Tal, denn sie zeugt eindeutig von der Absicht der Zionisten, sich in Libanon zu etablieren. Von dort droht Tel Aviv Syrien mit einer Aggression. Israel setzt sich über die Proteste der Weltöffentlichkeit und die Haltung der UNO hinweg und fordert, daß es sich von den USA unterstützt weiß, frech die Weltgemeinschaft heraus.

J. LARIN
Bjansk, RSFSR

Vielen Dank für die interessanten Artikel, die Ihre Wochenschrift publiziert. Besonders gut gefallen hat mir Lew Besymenskis Dokumentarbericht "Doppel Leben eines Henkers" über die Verbrechen Klaus Barbiens (Nr. Nr. 8, 9/83). Der Artikel dürfte in erster Linie für unsere Jugendlichen nützlich sein, die die Schrecken der Naziherrschaft nicht kennen. Niemand darf, auch wir Deutschen dürfen nie vergessen, was Faschismus ist.

Claudia THICKE
Berlin, DDR

DISKUSSION MIT DEM LESER

Schon seit über drei Jahren leben auf dem Territorium Pakistans Hunderttausende afghanische Flüchtlinge. Es liegt auf der Hand, daß dies Pakistan keinerlei Vorteile bringt. Und Sie schrieben (NZ 13/83), daß die Regierung dieses Landes die Lösung des Flüchtlingsproblems behindert. Meiner Meinung nach ist das unlogisch.

Petter OLSEN
Stockholm, Schweden



Es diskutiert

NZ-Korrespondent

Lew

JELIN

Länder des Westens an sowie die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die Internationale Entwicklungsbank) ganze 7 Md. Dollar. Ungefähr zwei weitere Milliarden — und dabei gegen hohen Zins — bezog das Land von einigen internationalen Finanzorganisationen, die unter amerikanischer Kontrolle stehen. Die Staatskasse aber war leer. Darüber hinaus stießen die Bitten Islamabad um eine Stundung der Zahlungen und Vergrößerung der Hilfeleistungen auf Ablehnung.

Im Juni 1980, als Pakistan zum Hauptaufmarschgebiet im bewaffneten Kampf gegen die Demokratische Republik Afghanistan wurde, war das Konsortium wie ausgetauscht. Es beschloß, nicht nur die Zahlungen für schon fällige Verbindlichkeiten aufzuschieben, sondern auch neue Darlehen zu gewähren. Im November des gleichen Jahres gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) Pakistan ein Darlehen von 1,6 Md. Dollar, die höchste Summe, die der IWF jemals an ein Entwicklungsland vergab. Insgesamt stellten die USA, das Konsortium, die IBRD und der IWF Pakistan über 5 Md. Dollar als Hilfe bereit. Nach Meinung vieler Wirtschaftsexperten hat dieses Geld das Land, richtiger gesagt, das herrschende Regime vor einem Bankrott gerettet.

Die Herrschenden in Islamabad nutzten die Anleihen vor allem für die Befriedigung ihres militaristischen Appetits. Von den 3,2 Md. Dollar, die die Vereinigten Staaten für die Jahre 1982–1987 bereitgestellt hatten, wird zumindest die Hälfte für den Ankauf von Kriegstechnik ausgegeben. Doch zurück zu den "Flüchtlingen". Man verbindet den Geldzustrom in erster Linie mit der "Sorge" um sie. In der westlichen Presse versucht man Pakistan bisweilen sogar als einen edelmütigen Nachbarn, einen Wohltäter hinzustellen, der den leidgeprüften Menschen Asyl gewährt hat. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Von den Sonderlagern für Afghanen auf dem Territorium Pakistans haben Sie, Herr Olsen, wahrscheinlich gehört. Dort werden Duschmanen von pakistischen, amerikanischen und anderen Ausbildern im Morden und in der Wühlarbeit unterwiesen. Dann werden sie über die Grenze geschleust. Der "edelmütige Nachbar"

schleust nach Afghanistan nicht nur afghanische Konterrevolutionäre, sondern auch eigene Spione ein. Kürzlich berichtete die indische Presse, daß Truppen der pakistischen regulären Armee, verkleidet als Duschmanen, an Überfällen auf Ortschaften der DRA teilnehmen.

Oberlegen Sie selber, ob solche Fakten den Behauptungen Islamabad entsprechen, die Beziehungen zu Afghanistan regeln und normalisieren zu wollen. Pakistan ist bestrebt, das Feuer des nichterklärten Krieges zu schüren. Und das so, daß man dieses Feuer sehr gut im Westen sieht, insbesondere diejenigen, an die Islamabad seine Hoffnungen auf neue Anleihen und Kredite knüpft.

Und es geht nicht nur ums Geld. In Gestalt afghanischer konterrevolutionärer Banden erhielt das Militärregime eine mobile Kraft zur Niederwerfung regierungfeindlicher Aktionen, die in Pakistan selbst öfter geschehen. Diese Söldner hat man schon eingesetzt, um Unruhen unter Puschtunen zu unterdrücken, Vertreter der Opposition zu ermorden. Der Einsatz von Duschmanen zur Unterstützung des schon ohnehin aufgeblähten Repressivapparates des Regimes ruft bei demokratischen Kräften in Pakistan selbstverständlich Besorgnis hervor.

Einen gewissen Teil der Anleihen gibt Islamabad natürlich für den Unterhalt der "Flüchtlinge" aus. Das pakistaniische Volk dagegen bekommt von diesen Millionen und Milliarden so gut wie gar nichts. Dabei läßt die materielle Lage der Pakistaner selbst zu wünschen übrig.

Vielleicht kamen die "Flüchtlinge" als billige Arbeitskräfte zupaß? Doch das Land ist von einer riesigen Arbeitslosigkeit erfaßt. Jedes Jahr begeben sich etwa 100 000 Pakistaner auf Arbeitsuche in die Länder des Nahen Ostens.

"Wenn wir ihnen (den afghanischen Flüchtlingen — L. J.) die Genehmigung zum ständigen Aufenthalt erteilen, so käme das einer Öffnung der Büchse der Pandora gleich", sagte einmal der Finanzminister Ghulam Ishaq Khan. Es sieht aber danach aus, daß die Büchse der unheilbringenden Göttin bereits offen ist. Die Zeitungen berichten fast täglich über neue Verbrechen der afghanischen "Kämpfer für die Reinheit des Islams". Die Banditen überfallen friedliche Einwohner der Nordwestprovinz, morden, rauben, brennen Häuser nieder.

Wollen wir nun, Herr Olsen, die Bilanz ziehen. Ich glaube, Sie werden dem folgenden Satz zustimmen: Die Lösung des Problems der "afghanischen Flüchtlinge" behindert jene, denen das Fortbestehen dieses Problems Vorteile bringt. Das pakistaniische Volk ist daran absolut nicht interessiert.

Vor allem, Herr Olsen, möchte ich gerne wissen, wen Sie meinen, wenn Sie sagen, daß der Unterhalt "afghanischer Flüchtlinge" für Pakistan unvorteilhaft sei: das Volk von Pakistan oder die das Land regierende Militärclique?

Um sich über die Situation klarzuwerden, muß man zwischen den regierenden Kreisen und den breiten Bevölkerungsschichten Pakistans eine Trennung ziehen, weil die Interessen der ersten und letzteren nicht übereinstimmen.

Ich möchte auch an folgendes erinnern. Die "afghanischen Flüchtlinge" stellen durchaus keine homogene Masse dar. Unter ihnen gibt es sowohl geschworene Feinde der afghanischen Revolution als auch Menschen, die sich täuschen, sowie jene, die durch Betrug oder Gewalt von Feudalherren fortgeführt wurden. Manch einer zählt zu "Flüchtlingen" sogar Stämme, die von alters her in diesen Gebieten migrieren, ohne auf die Grenzen zu achten. Zum Gegenstand unseres Gesprächs gehören hauptsächlich jene Afghanen, die freiwillig oder genötigt unter Söldnern landeten.

Was gewinnen diejenigen, die heute am Ruder Pakistans stehen und das Land zum Zufluchtsort für die afghanischen Konterrevolutionäre machen?

Vor allem gab die hemmungslose Spekulation um das "afghanische Problem" dem Militärregime die Möglichkeit, von den USA und anderen westlichen Kreditgebern eine beträchtliche Militär-, Wirtschafts- und Finanzhilfe zu bekommen. Sie kam zur rechten Zeit: Pakistan steckte bis über die Ohren in Schulden. Gegen Ende der 70er Jahre betrug die Verschuldung des Landes gegenüber dem Konsortium der Hilfe für Pakistan (ihm gehören die USA, Großbritannien, die BRD und andere

Betrüglich

Am 30. April sprach Präsident Reagan im Rundfunk — wie er sagte — mit seinen Landsleuten über "den Unterricht unserer Kinder". Er mußte gestehen, daß es darum in den USA "bedauerlich bestellt ist... Ungefähr 13% unserer Siebzehnjährigen können kaum lesen und schreiben, bei den nationalen Minderheiten sogar fast 40%. Mehr als zwei Drittel unserer Oberschüler bringen nicht einmal den einfachsten Aufsatz zustande". Und so ging es noch eine ganze Weile weiter. Was gedenkt der Herr Präsident zu tun, um "das Unterrichtswesen zu fördern"? Mehr Geld dafür zu bewilligen? Auf keinen Fall. Er sagte: "Größere Aufwendungen können dem Mißstand nicht abhelfen." Es komme vor allem darauf an, daß die Eltern selbst die Kinder unterrichten. Und die Schulen? Die seien nur dazu da, "den Eltern dabei zu helfen".

Unter Brüdern



Zu Anfang der 70er Jahre wurde bei der Kriminalpolizei von Nordrhein-Westfalen (BRD) eine Sondergruppe zur Bekämpfung einer großen Bande von Autodieben gebildet. Diese wurden gefaßt.

Zur Formulierung der Anklageschrift brauchte man nur noch einen Bericht des Gruppenleiters Roth. Jahr um Jahr verging, bis die Sache verjährte war, ohne daß Roth seinen Bericht eingereicht hätte. Warum wohl? Laut "Frankfurter Rundschau" sind der Bandenchef und der Leiter der Fahndung Bußenfreunde.

Beweis: Wasserspülung



Um die zunehmende Unterstützung an die Machthaber El Salvadors zu rechtfertigen, behauptet Washington, aus Nikaragua fließe ein ganzer Waffenstrom für die Guerilleros nach El Salvador. Woher man das wisse? "Amtspersonen sagen", so schreibt die "New York Times", "daß die USA Nikaragua sehr genau beobachten. Wir können sogar hören, wenn in Managua jemand die Wasserspülung betätigts", sagte ein CIA-Mann. Auf die Frage, warum die Administration ihre "großen Möglichkeiten" nicht dazu benutze, ein Flugzeug, das aus Nikaragua kommt, abzuschießen, einen durchs Gebirge rollenden Lastzug zu stellen oder andere Beweise für den "Waffenstrom" aufzutreiben, bekam die Zeitung keine plausible Antwort.

Auch Ladendiebe

jünger

Wie die "Times" schreibt, stellte man sich früher in England Ladendiebe als ältere Frauen in weiten Mänteln und mit großen Handtaschen vor. Jetzt fragen die meisten Ladendiebe Shorts und gefallen sich mit einem Punkthaarschnitt. Eine Untersuchung in den englischen Warenhäusern hat ergeben, daß 60% der Diebstähle von jungen Menschen bis zu 23 Jahren und davon über ein Drittel von Jugendlichen im Alter zwischen 11 und 16 Jahren begangen werden.

Achtung, Strauß kommt!

Die Leitung einer Versicherungsgesellschaft in Basel gab, dem "Spiegel" zufolge, ihren Angestellten folgende Weisung: "In nächster Zeit werden verschiedene in- und ausländische Delegationen unsere Büroräumlichkeiten besuchen. Als erster Besucher hat sich eine Delegation des Bayerischen Landtags unter der Leitung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß angemeldet. Wir bitten sämtliche Mitarbeiter, den hohen Gast stehend mit herzlichem Applaus zu empfangen. Zwischenrufe wie 'Stoppt Strauß' usw. sind zu unterlassen."

Ein Allerwelts- geheimnis

Dem portugiesischen "Diário" zufolge wurden in der RSA die Leiter der Zeitungen "Rand Daily Mail" und "Sunday Times" sowie ein Reporter zu Freiheits- oder hohen Geldstrafen verurteilt, u. zw. wegen "Verrats eines Staatsgeheimnisses". Die beiden Blätter hatten nämlich über die wirklichen Anstifter des gescheiterten Putschversuchs auf den Seychellen geschrieben. Es waren, wie allgemein bekannt, hohe Staatsmänner und Militärs der RSA. Was für ein Geheimnis haben die Journalisten also ausgeplaudert?

Leichtgläubigkeit

mit Folgen

Zugentgleisungen, verlassene Arbeitsplätze, krepierendes, weil im Stich gelassenes Vieh — diese und ähnliche Folgen hatte unlängst eine Panik in einem Gebiet Mexikos mit 250 000 Einwohnern. Sie wurde durch die Prophezeiung eines baldigen starken Erdbebens ausgelöst, die ein Hellseher verkündet hatte. Das Erdbeben blieb aus, doch der wirtschaftliche Schaden durch die Panik sei, so schrieb eine mexikanische Zeitung, mit den Folgen einer Naturkatastrophe vergleichbar.

Gibt's Schweine oder gibt's keine?

Die Behörden in Pakistan haben laut DPA verfügt, daß das Schwein — dem Islam zufolge ein unreines Tier — in den Schulbüchern nicht mehr erwähnt werden darf. In diesem Zusammenhang schreibt die Zeitung "Muslim", einer Lehrerin, die mit ihrer Klasse im Zoo war, habe es beim Anblick eines Käfigs, in dem ein Schwein saß, die Sprache verschlagen. "Sie hätte tun sollen, als ob der Käfig leer sei", rät das Blatt.

Schuld ist der Briefkasten



Der Londoner Kaufmann Corbett Whitton bekam unlängst einen vor 10 Jahren an ihn abgeschickten Brief. Ein Beamter der Post erklärte, der Brief sei "in einem Briefkasten steckengeblieben".

Zeichnungen:
V. Trintschenko